Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 920

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 172. Donnerstag, den 25. Juli 1918. 25. Jahrg.

Industrie- und Finanzkapitäne.

Was die Sozialdemokratie in fernschauender Erkenntnis stets als Linie der Entwicklung vorzeichnete: die Zusammenballung des Kapitals, die Konzentration der Betriebe und die Zertrümmerung der Mittelklassen, das wollten oder konnten bisher so viele nicht erfassen. Bis der Weltkrieg kam und jenen allzulange Blinden die Binde von den Augen riß.

Die Dokumente für die entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit des Sozialismus häufen sich von Tag zu Tag in einer kaum zu bewältigenden Fülle. Eins davon ist das Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte des Jahres 1918. Dem aufmerksamen Beobachter bietet dieses, dem Anschein nach langweilige und nichtssagende Buch eine ganze Menge von Beweisen von der organischen Umgestaltung unserer Wirtschaft nach der Richtung einer immer mehr zunehmenden Verengerung des Kreises der das Wirtschaftsleben ausschließlich bestimmenden Personen. Zwar handeln diese Personen nicht aus eignem Willen und bewußter Willkür, sondern sie sind nur Organe einer fortschreitenden Entwicklung, aber da Dinge und Menschen in unlösbarer Verbindung zueinander stehen, lassen sich aus ihnen auch wechselseitige Schlüsse ziehen.

Wenn wir z. B. sehen, daß vier Direktoren der Deutschen Bank in den Aufsichtsräten von 130 Unternehmungen, fünf leitende Persönlichkeiten der Dresdner Bank in 95 sitzen, wird da nicht mit diesen Ziffern die zunehmende Uebermacht der Hochfinanz ins hellste Licht gerückt? Je größer wiederum die Finanzinstitute sind, desto mehr Unternehmungen kontrollieren sie als Aufsichtsräte. So gehören die Direktoren Klitzing von der Darmstädter Bank und Dr. Schacht von der Nationalbank 28 Aufsichtsräten, Th. Frank von der Süddeutschen Diskontogesellschaft 24, Moritz Schulze (Mitteldeutsche Privatbank) 35 und Dr. Strupp (Bank für Thüringen) 30 Aufsichtsräten an.

Noch schärfer tritt das wirtschaftliche Generalkommando bei einzelnen Privaten hervor. Da ist vor allem der König im Reiche der Aufsichtsräte Herr Dr. Louis Hagen, Handelskammervorsitzender und Mitinhaber der Kölner Bankfirma A. Levy zu nennen, weil er mit 56 Aufsichtsratsposten den Rekord macht. Ihm folgt auf dem Fuße der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft Karl Fürstenberg mit 54facher Aufsichtsratsbetätigung. Ein gleich vielseitiger Herr ist der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft D. Sohmken; er übt nicht nur das Amt des Direktors des A. Schaffhausenschen Bankvereins in Köln aus, sondern besorgt im Nebenamt auch noch 52 Aufsichtsratsstellen. Von andern Inhabern der Berliner Diskonto-Gesellschaft nimmt Dr. Salomonsohn an der Ueberwachung von 20, Dr. Mosler von 26 und Franz Urbig von 24 Gesellschaften teil. Hinter den Vertretern großer Finanzinstitute bleiben die großen Privatbankiers nicht zurück. S. Bleichröder läßt sich durch Schwabach im Aufsichtsrat von 48 Gesellschaften vertreten, Eugen Landau sitzt höchst persönlich in 23 und Hans Schlesinger in 22 Aufsichtsräten.

Wo die Kräfte des einzelnen zu so vielgestalteten Leistungen nicht ausreichen, da greifen die Sippen und Macher helfend ein. Wovon die Inhaber des Dresdner Bankhauses Gebr. Arnhold ein rührendes Beispiel von Solidarität geben. Georg Arnhold nimmt 29 Aufsichtsratsstellen auf sich, Heinr. Arnhold 21, Hans Arnhold 18 und Adolf Arnhold gleichfalls 18, macht zusammen sage und schreibe **86** Aufsichtsratsposten. Die Alfred und Emil von Oppenheim in Köln begnügen sich dagegen nur mit 40 + 20 = **60** Ueberwachungsstellen. Das sind alles Finanzkapitäne, einige davon schon mehr Admirale mit Kommandogewalt über ganze Industriezweige.

Jedoch bleiben auch die Industriekapitäne hinter ihren Brüdern von der Hochfinanz nicht zurück. Die A. E.-G. schickt nicht nur ihren Vorsitzenden Walter Rathenau, über den bei anderer Gelegenheit noch einiges zu sagen sein wird, in 40 Gesellschaften, sondern auch noch zwei andere: Deutsch in 35 und Mamroth in 53, also zusammen in **128** Gesellschaften. Diese drei Männer kontrollieren damit den größeren und wichtigeren Teil der gesamten Elektrizitätsbranche mit ihren Hilfsindustrien.

Hier ist wenigstens die Einheit eines bestimmten Industriezweiges gewahrt. Was soll man aber über den allzu geschäftigen Hugo Stinnes sagen? Er ist 45facher Aufsichtsrat, darunter 23mal Vorsitzender aller möglichen Betriebe: Straßenbahnen, Kohlengruben, Bergwerke und Hütten, chemischen und Sprengstoff-Fabriken, elektrischen Werken, Eisenbahn- und Schiffahrts-Gesellschaften und einer Lagerhaus-Gesellschaft in Mannheim. Die Vielseitigkeit der Industriekapitäne steht zwar hinter denen der Hochfinanz zurück, aber sie bleibt, wie man sieht, dennoch bewundernswert genug.

Wenn man annehmen wollte, der Vorsitzende des Aufsichtsrates eines großen Unternehmens müßte zum mindesten dessen technische und geschäftliche Eigenart kennen und beherrschen, so müßte man all diesen Leuten das Prädikat „genial" erteilen. Aber die Sache ist viel einfacher, als sie aussieht. Man braucht nämlich zur Qualifikation eines so vielfachen Amtes nur eins von zwei Dingen: entweder viel Geld, d. h. Aktien, oder einen Namen mit Rang und Klang. Reichstagsabgeordnete gelten unter Umständen soviel wie Staatsminister a. D., Fürsten und Grafen. Solche Aufsichtsräte sind eben zur Repräsentation da. Man braucht sie besonders bei der Gründung von Aktiengesellschaften, damit sie den Leim für schöne Gimpel abgeben.

Wie wenig sachliche Kenntnisse und Erfahrungen zur Bekleidung so wichtiger und einflußreicher Posten erforderlich sind, zeigt ein Blick in das Adreßbuch. Da finden wir Rittergutsbesitzer, die Kaliwerke, Erdölunternehmungen und Versicherungsgesellschaften, Rechtsanwälte, Amtsrichter und Staatsminister, die sich in der Aufsicht ganz unzusammenhängender Betriebe betätigen. Ein Aufsichtsrat macht viele, Vettern und Freunde noch mehr, und schließlich wäscht eine Hand die andere. Denn auf diese Aemter gilt der Satz: Hoher Lohn für wenig Arbeit, oft für gar keine. Wenn man als den Ertrag eines solchen Amtes durchschnittlich 2000 Mark annimmt — oft ist es das Fünf- bis Zehnfache —, so kann man sich leicht ausrechnen, wie segensreich das Aufsichtsratsgeschäft im großen ist. Nehmen wir aufs Geratewohl ein Beispiel. Oskar Oliven bezieht als Direktor von Ludw. Loewe u. Co. und der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen sicher 100 000 Mark. Als Aufsichtsrat der A. E.-G. ungefähr 50 000 Mark, in gleicher Eigenschaft bei 14 anderen Gesellschaften weitere 100 000 Mark. Die Evangelisten Matthias und Lukas sagen freilich: niemand kann zwei Herren dienen, aber sie lebten zur Zeit der ursprünglichen und einfachsten Akkumulation. Heute kann man auf die bequemste Weise Gott und dem Mammon dienen.

Genug der Beispiele, um den Flug der Zeit zum Mammon und Mammonismus zu verstehen. Mammon (griechisch: mamanos) bedeutet ursprünglich Reichtum, aber seit der Lutherischen Bibelübersetzung hat das Wort einen verächtlichen Beigeschmack erhalten. Die christliche Sittenlehre sieht in ihm ein gegen Gott selbst gerichtetes Sinnen. Wir, die die Welt nicht theologisch, sondern historisch-materialistisch verstehen wollen, erkennen in der sich vollziehenden Anhäufung des Volksvermögens auf einen sich immer mehr verengernden Personenkreis nicht die Frucht schlechten Sinnes oder bösen Willens, sondern das Ergebnis einer sich streng logisch vollziehenden wirtschaftlichen Entwickelung. Damit scheiden alle ethischen Gesichtspunkte und alle moralischen Betrachtungen von selbst aus. Wir beneiden die Multi-Aufsichtsräte um ihre Sinekuren nicht, wir registrieren sie nur, um das Verständnis für unsere Zeit zu fördern, wie einer der „Vielfachen", Walter Rathenau (Die neue Wirtschaft, S. 84) sagen muß: „In Wahrheit aber brennt die alte Wirtschaftsordnung nieder und es naht die Zeit, wo der alte Unterbau der Gesellschaftsordnung sich entzündet . . . und jene Erscheinung vorschreitet, die, in Erwartung anders gearteter Katastrophen(!) die Vorväter Expropriation der Expropriateure nannten!"

X. X.

Troelstra zur Frage der internationalen Konferenz.

Offener Brief an Henderson.

Der unermüdliche Vorkämpfer der internationalen Verständigung, Genosse Troelstra, dem die englische Regierung den Paß zur Londoner Konferenz der Arbeiterpartei verweigerte, hat von Amsterdam aus einen Brief an den Führer der Arbeiterpartei, Henderson, gerichtet, den „Het Volk" veröffentlicht.

Im ersten Teil des Briefes weist Troelstra die **Notwendigkeit einer internationalen Zusammenkunft nach.** Er führt darin u. a. aus:

Die Hoffnung der Völker, den immer dringlicher ersehnten Frieden durch erneute militärische Anstrengungen zu erreichen, hat sich als eitel erwiesen. Selbst die Regierungen, die herrschenden Klassen und die militärischen Führer auf beiden Seiten werden zugeben müssen, daß der Krieg, im Lichte der durch sie aufgestellten Ziele betrachtet, bis heute ein Fiasko war.

Die Verwüstung, die ökonomische und finanzielle Erschöpfung haben Europa inzwischen dem Abgrunde immer näher gebracht. **Eine niederländische Finanzautorität schätzte unlängst die Gesamtkosten und den durch diesen Krieg verursachten Schaden auf eine Summe, die derjenigen des Nationalvermögens von England und Deutschland gleichkommt.**

Je länger die gegenwärtige Erschöpfung andauert, desto mehr ist zu fürchten, daß schließlich eine direkte Notlage es sein wird, die den Frieden gebietet und diktiert.

Der Friede von Brest-Litowsk zeigt uns, was dabei herauskommt, wenn eine der beiden Parteien in eine solche Notlage kommt.

Die Folge wäre ein Frieden, der höchstens den Charakter eines Waffenstillstandes hätte, und eine allgemeine Erschöpfung, die wahrscheinlich auch nicht zu einer revolutionären Aktion führen würde. Eine solche sei nur dann möglich, wenn sie international beschlossen und durchgeführt werde. Die Hilfe Amerikas sei gewiß ein Faktor von großer Bedeutung. Amerika habe aber die Pflicht, im geeigneten Augenblicke zu helfen, daß es zu einem Verständigungsfrieden komme, bei dem die Grundlage für einen Völkerbund und für das Ausmerzen des Weltmilitarismus geschaffen werden könnte:

In dieser Hinsicht ist entscheidend die Erkenntnis, daß nicht der Sieg des Militarismus der einen Partei über den der andern die Grundlage sein kann für die internationale Abrüstung, für das Ersetzen der imperialistischen Methode durch die Methode der internationalen Organisation, des Rechts und der gegenseitigen Verständigung. Nur aus der Ueberzeugung — in allen Ländern und bei der großen Mehrheit aller Völker —, daß **der Krieg als Mittel zur Entscheidung von Differenzen sich selber überlebt hat** und daß das Beschreiten des Wegs der internationalen Organisation und Verständigung nicht mehr ein frommer Wunsch, sondern dringende politische Notwendigkeit, Lebensbedingung für das Fortbestehen der zivilisierten Menschheit ist, kann ein guter Friede erstehen.

Indessen lauert hinter jedem Versuch zur Vernichtung des einen Militarismus durch den andern bewußt oder unbewußt der **Imperialismus der kriegstreibenden Kräfte.**

Worauf es also ankommt, ist, daß ein Verständigungsfriede geschlossen wird, bevor eine solche durch völlige Erschöpfung entstandene Notlage eintritt: daß er zustandekommt, solange beide Parteien noch über ihren freien Willen verfügen. Es gilt, einen Frieden, der getragen wird von der Ueberzeugung beider Parteien, daß ihre eigenen Kriegsziele — soweit sie die Grenzen der Verteidigung des Landes, der Freiheit und Ehre überschreiten — geopfert werden müssen der historischen Notwendigkeit, für die Zukunft den Krieg als Werkzeug der internationalen Politik auszuschalten. Gerade in der Unentschiedenheit, die Amerikas Hilfe jetzt noch dem Kriege verleiht, gerade jetzt, wo weder die von der Entente mit Bestimmtheit erhofften militärischen Erfolge noch die von den Mittelmächten bis heute erreichten strategischen Resultate als dauernd feststehen, **gerade in dieser Unentschiedenheit** liegt die sachliche Möglichkeit für einen **Verständigungsfrieden,** der gestattet, daß die Bedingungen eines dauernden Friedens genügend zur Geltung kommen können.

Die militärischen und diplomatischen Führer der Völker zeigen bei dem Fehlen genügender internationaler und historischer Einsicht, und getrieben durch die egoistischen Motive der herrschenden Klassen, stets die Neigung, ihre Auffassung von den Friedensbedingungen je **nach der augenblicklichen Kriegslage** zu präzisieren und auf die Verwirklichung rein imperialistischer Ziele zuzuschneiden.

Die einzige Macht, die die großen welthistorischen Gesichtspunkte gebührend in den Vordergrund zu rücken vermag, ist

die Arbeiterklasse,

welche bis heute in der sozialistischen Internationale ihren politischen Ausdruck fand.

Die Notwendigkeit, den moralischen und politischen Einfluß, über den sie verfügt, zugunsten eines gerechten Verständigungsfriedens so schnell als möglich in die Schale der Ereignisse zu werfen, ist hiermit gegeben.

Im zweiten Teil des Briefes erörtert dann Troelstra die **Voraussetzungen für die Zusammenkunft.** Er spricht sich entschieden dafür aus, daß **keine Mehrheitsbeschlüsse** zulässig sein sollen. Dann richtet er nach beiden Seiten freundschaftliche Mahnungen:

Seit der Einnahme Rigas war in den Mittelländern ein wachsendes Uebergewicht der annexionistischen Strömung wahrzunehmen. Die Bedeutung des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli 1917 wurde dadurch geschwächt. Die Bewegung für Demokratisierung und Parlamentarisierung in den Mittelländern war auf ein totes Gleise gekommen. Selbst in der Presse der offiziellen deutschen Sozialdemokratie begann man wegen der Ablehnung der Friedensversuche seitens der Entente seine Hoffnung auf Frieden auf eine günstige militärische Entscheidung im Westen zu setzen. Ich stellte mit Bedauern das **Ausbleiben einer kräftigen Aktion** von jener Seite gegen die Mächte fest, die durch Ausbeutung der Desorganisation der russischen Revolution aufs schärfste **die Behauptung Lügen gestraft haben, daß dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg sei.** Wie ich auch stets bedauert habe, daß die französischen und die englischen Arbeiterparteien **nicht eine kräftigere Bewegung gegen die Pässeverweigerung** und die fernere Kriegspolitik ihrer Regierungen ins Werk gesetzt haben.

Eingeladen seien im Londoner Memorandum alle, die sich für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einsetzten. Keine der sozialistischen Parteien sei demnach von vornherein ausgeschlossen. **Wenn aber eine Partei als Bedingung für eine Aussprache fordern würde, daß ihr Programm von der anderen übernommen werde, so würde natürlich jede Aussprache unmöglich sein:**

Die österreichische Partei hat bereits dem Wunsche, sich über das Londoner Memorandum zu äußern, entsprochen. Ich zweifle nicht, daß auch die deutsche Sozialdemokratie dies in offizieller Form und ausführlicher, als dies heute geschah, tun wird.

Indessen begreife ich, daß man nach dem Frieden von Brest-Litowsk und von Bukarest von den sozialistischen Parteien der Mittelländer wissen will, ob sie mit diesem Friedensabkommen die darin behandelten Probleme, die auf die beteiligten Länder und Völker Bezug haben, für erledigt halten oder nicht. Die deutsche sozialdemokratische Partei (Mehrheit) hat die

Verantwortung für den Vertrag von Brest-Litowsk

nicht übernehmen wollen und sich der Stimme enthalten, während die österreichische Sozialdemokratie gegen diese Friedensbestimmungen protestierte. Man kann also ruhig annehmen, daß diese Parteien, wie alle anderen, das jämmerliche Resultat des bolschewistischen Separatfriedens nicht als ein definitives betrachten wollen und bereit sein würden, die damit zusammenhängenden Probleme auch jetzt noch im Licht des von der Internationale erstrebten allgemeinen Friedens erneut zu behandeln.

Das vom Londoner Memorandum gewünschte „energische Auftreten gegen die eigene Regierung" müsse inter-

[illegible] eine internationale Aktion könne nur aus einer freien und demokratischen internationalen Aussprache erstehen. Dann wendet sich Troelstra nochmals zu der kitzligen Paßfrage:

Hat die Konferenz der interalliierten Parteien, bevor sie die Initiative ergriff, sich über die praktische Möglichkeit vergewissert, daß den Sozialisten der Entente die Möglichkeit gegeben wird, die Konferenz zu besuchen? Und zwar in dem Sinne, daß den Vertretern aller teilnehmenden Organisationen Pässe erteilt werden?

Nicht als Diplomaten, sondern **als Sozialisten** müßten die Teilnehmer zur Konferenz gehen, sonst würde der Krieg auf das Gebiet der Internationale verpflanzt werden. „Wir aber wollen nicht zum Begräbnis des internationalen Sozialismus gehen, sondern zum **Auferstehungsfest** der zu lange begraben gewesenen proletarischen Solidarität." Das vornehmste Kriegsziel müsse sein, den **Völkerbund** zu begründen und für die Zukunft den Krieg unmöglich zu machen. **Nicht zum zweiten Male dürfe eine internationale Konferenz mißglücken.** Wäre erst diese Einigkeit des sozialistischen Willens demonstriert, dann wäre das geistige Milieu geschaffen, in dem unvermeidliche Gegensätze bezüglich besonderer Kriegsfragen viel von ihrer Schärfe verlieren würden. Troelstra schließt:

Trachten wir, bevor wir uns auf dieser Grundlage für die nächste Zukunft vereinen, die speziellen Fragen zu lösen, die die Völker und auch uns jetzt entzweien, dann werden wir mit der Konferenz ein Fiasko erleben. Gerade die politischen Parteien sind es, die, die größte Mitverantwortlichkeit für das Los ihres Landes auf sich ruhen fühlend, in Fragen wie z. B. die **elsaß-lothringische** nicht übereinzukommen vermögen.

Mit Recht versuchen Sie denn auch über diese Frage lieber eine Aussprache, ein Darlegen der gegenseitigen Auffassungen stattfinden zu lassen, als eine einstimmige Lösung dieser Probleme herbeiführen zu wollen. Ich meine, daß diese Auseinandersetzung als auch ein aus praktischen Gründen beschränkter Meinungsaustausch über Entstehen und Ziel dieses Krieges viele Mißverständnisse ausräumen könnte. Aber die Lösung dieser Probleme selber wird nur in der offiziellen Friedenskonferenz der Regierungen erfolgen können. Unsere Aufgabe soll es sein, die Konferenz zu beschleunigen und bei jeder Partei der Internationale den Willen und die Kraft wachzurufen, die **eigene Regierung zugunsten eines möglichst gerechten, billigen und dauerhaften Friedens zu beeinflussen.**

Aus diesen Gründen fühle ich keinen Anlaß, auf die speziellen Fragen in Ihrem Memorandum näher einzugehen. Ich kann mich dessen um so besser enthalten, weil ich einen sehr wirksamen Anteil an der Zusammenstellung des neutralen Friedensvorschlags der Stockholmer Kommission gehabt habe und mich auch jetzt noch zu dem darin enthaltenen Programm bekenne.

Um solieber will ich zum Schluß noch die Frage behandeln, welcher Art die Aktion sein müßte, die die Konferenz zu beschließen hätte. Es war gerade die Absicht von Stockholm, durch internationale Uebereinkunft die Parteien der kriegführenden Länder zu veranlassen und instand zu setzen, in ihrem Lande eine Friedensbewegung zu entfachen, ohne dabei den berechtigten Vorwurf auf sich zu laden, daß sie in die Karten des Feindes spielten.

Diese Aktion müßte anknüpfen an den Beschluß der Konferenz, durch den das eigentliche proletarische Ziel des Krieges proklamiert werden muß:

Gründung des Völkerbundes;

Ersatz der imperialistischen Methode des nationalen Militarismus durch eine internationale Organisation zur Sicherung friedlicher ökonomischer Entwicklung jeder Nation; internationale Abrüstung.

Auf daß dieses große Ziel geistiges Eigentum der Volksmassen in jedem einzelnen Lande werde, könnte die Konferenz beschließen, daß für dieses Ziel möglichst **an ein und demselben Tage in allen Ländern** demonstriert werden.

In Ihrem Memorandum verweisen Sie ferner auf den auch in Stockholm ausgesprochenen Wunsch, daß eine sozialistische Konferenz zusammentreten möge, sobald die offiziellen Friedensverhandlungen der Regierungen beginnen und daß diese Konferenz am Orte der Friedensverhandlungen stattfinden müßte.

Ich schließe, werter Henderson, mit dem Wunsche, daß Sie und Ihre Freunde eine Konferenz in dem Geiste, wie ich Sie hier skizzierte, für erwünscht und ausführbar halten möchten. In diesem Falle würde ich mich glücklich schätzen, der Durchführung Ihrer Absichten auch meine besten Kräfte widmen.

Die Kämpfe im Westen.

Der gestrige Heeresbericht, der leider so spät eintraf, daß er keine Aufnahme mehr in der gestrigen Nummer finden konnte, meldet erneute heftige feindliche Gegenstöße, die wiederum scheiterten. Der Bericht besagt:

WTB. Großes Hauptquartier, 24. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Artillerietätigkeit nördlich der Lys, bei Arras und bei Albert. Auf dem West-Ufer der Avre stieß der Franzose bei örtlichem Angriff bei und südlich von Mailly vorübergehend bis an die Avre vor. Unser Gegenstoß stellte die Lage wieder her und schlug am Abend aus Mailly und nördlich davon vorbrechende Teilangriffe des Gegners zurück.

Zwischen Aisne und Marne setzte der Feind gestern früh nach Heranführung neuer Divisionen seine Massenangriffe fort. Die Armee des Generalobersten v. Boehn brachte den mehrfach wiederholten Ansturm des Feindes völlig zum Scheitern. Franzosen und Amerikaner erlitten wiederum schwerste Verluste.

Zwischen Noyant und Hartennes stürmte der Feind fünfmal vergeblich an. Beiderseits von Villemontoire gewann er vorübergehend etwas Boden. Unser Angriff warf ihn über seine Ausgangslinien hinaus zurück. Villemontoire wurde dem in dichten Mengen von unserer Artillerie beschossenen zurückflutenden Feinde wieder entrissen. Nördlich des Ourcq zerschlug unser Vernichtungsfeuer feindliche Angriffe in ihrer Bereitstellung und bei ihrem ersten Ansturm. Panzerwagen, die unsere Linien durchstießen, wurden zusammengeschossen. Infanterie, die ihnen folgte, wurde im Gegenstoß zurückgeworfen. Auch die zwischen Ourcq und Marne kämpfenden Truppen wehrten starke feindliche Angriffe meist schon vor ihren Linien ab.

Von der Höhe nordöstlich von Rocourt und aus dem Walde von Chatelet warfen wir den Feind im Gegenstoß wieder zurück. Am Nachmittag fanden nur noch Teilkämpfe statt. Der Gegner wurde abgewiesen.

Südwestlich von Reims dauerten unsere Kämpfe tagsüber an. Zwischen Marne und Ardre stieß der Feind mehrfach vergeblich zu heftigen Teilangriffen vor. Nördlich der Ardre warf der Franzose neben weißen und schwarzen Truppen auch Italiener und Engländer in den Kampf. Der Angriff der in der Bereitstellung wirksam getroffenen Italiener kam nur schwach zur Entwicklung und wurde schnell zusammengeschossen. Auch Franzosen und Engländer wurden nach vielfach erbitterten Kämpfen und teilweise durch Gegenstöße zurückgeschlagen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Ergänzend wird zu diesem Bericht noch gemeldet:

Von der Armee des Generalobersten v. Boehn ging im Großen Hauptquartier am Nachmittag des 23. Juli folgende Meldung über die erfolgreiche Abwehr eines feindlichen Großangriffs am Vormittage ein:

Nach etwa einstündiger Feuervorbereitung in höchster Kampffeuerstärke ging der Feind auf der ganzen Westfront zu neuem, einheitlichen Angriff vor. Von starker, zum Teil neugruppierter Artillerie unterstützt, griffen die Franzosen, von Schwarzen und Amerikanern begleitet, an. Auf der ganzen Front wurden sich mehrfach wiederholende Anstürme des Feindes teils vor, teils in den Stellungen, zum Teil in Gegenangriffen abgewiesen. Der einheitliche Großangriff am Vormittag ist zuungunsten des Feindes entschieden; Teilkämpfe sind noch im Gange.

Im einzelnen wird berichtet: Den gegen den Abschnitt des General von Watter anstürmenden weißen und schwarzen Massen gelang es, beim ersten Ansturm unter Begleitung von bis zu 40 gezählten Tanks zwischen Buzancy und Tigny zunächst Boden zu gewinnen. Bald hinter ihrer vordersten Linie fingen die Divisionen den Angriff auf und schlugen den Feind im Gegenangriff zurück. Villemontoire wurde dem in dichten Mengen von unserer Artillerie beschossenen zurückflutenden Feinde wieder entrissen. Bis zu vier Malen holte der Feind zu neuen Angriffen vergeblich aus. Das Korps hat mehr als seine alte Linie wiedergewonnen. Erneuter Feindangriff ist zurzeit nördlich von Tigny wieder im Gange. Zahlreiche zerstörte Tanks lingen hinter der Front.

Mit sichtbar gut liegendem Vernichtungsfeuer nahm der Abschnitt des General von Etzel gegen 6 Uhr vormittags einen gleichfalls von zahlreichen Tanks begleiteten Feindangriff an. Er wurde im Nahkampf und mit Gegenstößen abgewiesen. Gegen 8 Uhr vormittags drangen neue Infanterie-Tankwellen vor. Der Hauptdruck richtete sich gegen die Linie beiderseits Le Plessier Huleux. Der Feind wurde abgewiesen. Die Tanks, die über die große Chaussee hinter der Front durchgebrochen waren, wurden zusammengeschossen.

Auch im Abschnitt des General von Winckler entwickelten sich schwere Kämpfe. Seine Divisionen schlugen alle Angriffe ab.

Die Höhe 141 ging vorübergehend verloren und wurde durch Gegenangriff wiedergenommen. Im Dorfe Armentieres und an der Straße Soissons—Chateau-Thierry gelang es dem Feinde, Fuß zu fassen. Gegenangriffe sind im Gange.

Die Divisionsabschnitte des Generals v. Schoeler und des Generals Kathen schlugen gleichfalls den in großer Stärke mit Tanks angreifenden Feind zurück. Nur im Nordteil des Chatelet-Waldes, worin der Feind eindrang, sind Gegenkämpfe noch im Gange, sonst hat die Kampftätigkeit hier nachgelassen.

Jagd- und Schlachtflieger wurden mit Erfolg in den Kämpfen eingesetzt.

Die Truppenzugehörigkeit zahlreicher Gefangener wird in der Abendmeldung gemeldet werden.

*

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 24. Juli, abends. (Amtlich.)

Auf dem Schlachtfelde zwischen Soissons und Reims im ganzen ruhiger Tag. Teilkämpfe südlich des Ourcq und südwestlich von Reims.

*

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 23. Juli: Auf beiden Seiten des Ourcq erzielten unsere Truppen trotz des Widerstandes des Feindes, der neue Reserven herangeführt hatte, neue Vorteile. Auf dem Nordufer eroberten wir Plessier Huleux und erreichten den Westrand von Culchy la Ville und nahmen das Dorf Montgru. Südlich des Ourcq überschritten französische und amerikanische Truppen die Straße nach Chateau-Thierry und schoben ihre Linien mehr als 1 Kilometer östlich vor. Das Dorf Rocourt ist ebenso wie der größere Teil des Waldes von Chatelet in unserem Besitz. Auf dem rechten Marneufer erzielten wir neue Fortschritte. Nördlich des Mont Saint Pere und Charteves, das ebenfalls in unserem Besitz ist, haben wir weiter unseren Brückenkopf bei Jaulgonne erweitert. An der Front zwischen der Marne und Reims fanden heftige Kämpfe zwischen der Ardre und Vrigny statt. Die alliierten Truppen griffen starke feindliche Stellungen an, rückten mehr als 1 Kilometer vor und fügten dem Gegner schwere Verluste zu. Englische Truppen ihrerseits machten 300 Gefangene und erbeuteten 5 Geschütze. Nördlich von Montdidier ergab eine örtliche Unternehmung, die uns ermöglichte, am Morgen Mailly, Rainneval, Sannillers und Aubervillers zu besetzen, 1500 Gefangene, darunter 30 Offiziere.

Französischer Bericht vom 24. Juli, nachmittags: Die Nacht war gekennzeichnet durch eine starke Artillerietätigkeit zwischen Marne und Aisne und im Courton- und Königswald. Westlich Reims machten die Deutschen gestern gegen 9 Uhr abends einen Gegenangriff in der Gegend von Vrigny. Die französischen Truppen brachen alle Angriffe und hielten ihre Stellungen unversehrt. An der übrigen Front kein wichtiges Ereignis.

Amerikanischer Bericht vom 23. Juli. Südlich des Ourcq fuhren wir fort, dem sich zurückziehenden Feinde nachzudrängen. Wir nahmen Jaulgonne und die Wälder westlich davon.

*

Die Erstarrung der Schlachtfront.

Die „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: General Maurice schreibt im „Daily Chronicle", es sähe so aus, als beginne die Schlachtfront zu erstarren. Das Interesse richte sich jetzt hauptsächlich darauf, wo die Linie der neuen deutschen Stellungen liegen werde. Im südlichen Teil des Schlachtfeldes, wo die amerikanische Armee von Desgouttes noch Fortschritte mache, scheint der Gegner zu versuchen, die Linie einzurichten längs des Höhengeländes von Dulchy über Nanteuilles durch den Wald von Fere nach einem Punkt östlich von Jaulgonne. An der Marne seien die deutsche Pläne vollständig durchkreuzt worden. Wenn es den Deutschen nicht gelänge, sich dort zu behaupten, würden sie vermutlich auf eine Linie zurückgehen, welche von Hartennes über Tardinois längs des oberen Ourcq nach Chatillon läuft. — Die „Times" bemerkt: Die Meldungen über einen weiteren Rückzug der Deutschen seien durch die Ergebnisse der letzten Tage nicht bestätigt worden. Die Deutschen verteidigen sich jetzt trotz der schweren Verluste derart, daß die Aussichten auf einen baldigen Rückzug fraglich geworden sind. Man solle bedenken, daß für den deutschen Generalstab viel mehr auf dem Spiele stehe, als nur die Behauptung des vorspringenden Winkels an der Marne. Das Blatt erwartet, daß die Deutschen versuchen werden, Stand zu halten. Dagegen meldet eine Privatdepesche aus dem amerikanischen Hauptquartier, daß die Deutschen den Aufenthalt in der Sackgasse nicht verlängern wollen. Eine Reuter-Privatdepesche aus dem englischen Hauptquartier gibt zu, daß die Engländer mit zwei Divisionen zwei Tage lang in eine verzweifelte Defensive verwickelt wurden. Schließlich konnten sie sich aber Luft machen.

Was der Krieg bringt.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 24. Juli. (Amtlich.)

An der italienischen Front keine nennenswerten Kampfhandlungen. Auf dem albanischen Kriegsschauplatze haben unsere braven Truppen die anhaltenden Anstrengungen des Feindes, unsere Linien im Dzoli-Abschnitt zu durchbrechen, durch zähen Widerstand vereitelt.

Der Tod des Exzaren

wird nun offiziell bestätigt. Nach einer Meldung der Schweizerischen Telegraphen-Information wird aus London berichtet: Die russische Regierung teilte offiziell der englischen Regierung die Erschießung des Zaren mit. Der Bericht erklärt, der Exzar hätte nach einer Beschlußfassung sich vor dem Revolutionstribunal wegen seiner Verbrechen gegen das russische Volk verantworten sollen. Verschiedene Umstände verzögerten die Ausführung dieses Beschlusses. Nach Besprechung dieser Umstände beschloß die Uralregierung die Erschießung. Das russische Zentralkomitee erklärte den Beschluß der Uralregierung als rechtskräftig. Das Zentralkomitee beschloß die Veröffentlichung der Aufzeichnungen des Zaren.

Die russischen Friedensverhandlungen.

Die Eröffnung der finnisch-russischen Friedensverhandlungen wurde auf Wunsch der russischen Delegierten bis zum 29. Juli verschoben.

Die russisch-ukrainischen Verhandlungen nahmen einen stürmischen Verlauf, da die ukrainische Delegation der russischen vorwarf, auf ukrainischem Gebiet Propaganda gegen die ukrainische Regierung zu betreiben. Rakowski wies diesen Vorwurf mit Entrüstung zurück. Die Stimmung war aber schließlich so erregt, daß die Sitzung vertagt werden mußte.

Die „Beschützer" des Murmangebiets.

Ein amtlicher Reuter-Bericht gibt den Text des Abkommens, das zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs, den Vereinigten Staaten und des Murmaner Bezirksrats zum gemeinsamen Vorgehen zur Verteidigung des Murmangebiets gegen die deutsche Koalition abgeschlossen wurde. In dem Abkommen wird die Einstellung russischer Freiwilliger in die Truppen der Alliierten geplant, außerdem die Aufstellung russischer Truppen unter russischem Befehl. England, die Vereinigten Staaten und Frankreich versprechen, soweit als möglich, Lebensmittel für die ganze Bevölkerung des Murmangebietes zu beschaffen und auch die Einfuhr anderer notwendiger Artikel sicherzustellen. Endlich werden sie dem Bezirksrate des Murmangebietes finanziellen Beistand gewähren. Die drei Mächte stellen jede Absicht einer Eroberung in Abrede. Auch der Rat des Murmangebietes erklärt, daß das Abkommen nur den Zweck habe, die Integrität des Murmangebietes für ein großes, einiges Rußland zu schützen.

Nach der „Wetschernija" und „Iswestija" sind bei der Besetzung der Weißen Meerküste durch die Engländer einige russische Passagierdampfer beschlagnahmt worden, bei denen die rote Räteflagge durch die alte dreifarbige oder die englische Handelsflagge ersetzt wurde.

Die Tschecho-Slowaken im Dienste der Entente.

Ein Aufruf der Moskauer Sowjetregierung vom 13. Juli „An Alle" beweist, daß auch hinter dem tschecho-slowakischen Aufstand die Entente fördernd und helfend steht. Er lautet wie folgt:

Von Moskau an Alle!

Den 13. Juli. An Alle und an das Ausland!

Der Haß der imperialistischen Oligarchien gegen das bolschewistische Rußland äußert sich in den Intrigen und den feindlichen Handlungen der Agenten des Imperialismus. Die engen Bande, welche den **französischen Imperialismus mit dem tschecho-slowakischen Aufstande** verbinden, und sein Versuch eines Staatsstreiches in Rußland sind durch folgendes Dokument bloßgestellt. Das Organ der Rechtsrevolutionäre von Sibirien, das in Omsk erscheint, veröffentlicht in Nummer 33 vom 29. Juni den **Aufruf des Chefs der französischen Mission Guinet.** Der Wortlaut ist folgender:

„Die Mitteilung an das provisorische Vollzugskomitee der tschecho-slowakischen Truppen, die ich von dem französischen Gesandten erhalten habe, ist ein chiffriertes Telegramm, welches die Bekanntgabe der Aktion der Alliierten in Rußland enthält. Indem ich diese Nachricht weitergebe, erkläre ich, daß ich beauftragt bin, den **tschecho-slowakischen Truppen** in Rußland für ihre Aktion **die Dankbarkeit der Alliierten auszudrücken.** Diese Aktion, die dem tiefen Verständnis der Lage entspricht, macht der tschecho-slowakischen Armee große Ehre und zeugt von der Tapferkeit der Vollzugsorgane auf der riesigen russisch-sibirischen Front und von der Tätigkeit der Führer, welche dank ihrer Umsicht die Mitglieder zu dieser Maßnahme bewogen haben. Die Mitglieder der französischen Gesandtschaft mußten vor kurzem Mittel und Wege suchen, um die Verbindungen mit den russischen Sowjetbehörden aufzunehmen. Jedoch verdienen gegenwärtig diese Behörden in den Augen der Alliierten und der zivilisierten Welt keine solche Haltung mehr. Wir sind jetzt nicht mehr in Verbindung mit ihnen, im Gegenteil, jetzt werden sie sehen, wie wir — ein Herz und eine Seele — die befreiende Tätigkeit der tschecho-slowakischen Armee unterstützen werden. Dank euch ist **die russische Front wiederhergestellt,** jedoch bis jetzt unglücklicherweise **mit einer noch schwachen Beteiligung der Blüte des russischen Volkes.** Diese Front ist gegen die wahren Feinde Rußlands gewendet, gegen die Feinde der Alliierten, gegen die Feinde des Rechts und der Gerechtigkeit, d. h. gegen die Deutschen. Die französische Gesandtschaft, die immer ein aufrichtiger Freund Rußlands war, kämpft in den ersten Reihen auf dieser gleichen Front an eurer Seite."

Wir können hinzufügen, daß der Vormarsch der Sowjettruppen gegen die Tschecho-Slowaken sich immer günstiger entwickelt. Die Hoffnungen der Feinde der russischen Proletarier- und Bauernrevolution, die in diesem Aufrufe ausgedrückt sind, werden noch einmal enttäuscht.

Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten.

Die Republik Turkestan.

Der fünfte Gebietsrätekongreß erklärte Turkestan als Republik im Bunde mit Rußland und wählte in das Zentralexekutivkomitee elf Mohammedaner. Die Kommissariate für nationale Angelegenheiten, Justiz, Gesundheitswesen und Inneres sind in mohammedanischen Händen. Die Republik umfaßt die Gebiete Semiretschinsk, Syrdarja, Fergan, Samarkand, Transkaspi, Chiwa, Buchara. Die Orte Bucharas mit vorwiegend russischer Bevölkerung werden von den Räten der Arbeiterdeputierten verwaltet. Beim Emir befindet sich der Kommissar der Republik Turkestan, dessen Ratschlägen der Emir sein Gehör nicht versagt. Die Bahn durch Buchara gehört der Republik und wird durch deren Truppen bewacht. Die von mohammedanischer Bourgeoisie in Kokand geleitete Bewegung für die autonome Republik wurde unterdrückt. Man ergreift Maßnahmen gegen Dutow und andere Gegenrevolutionäre. Die Tschechen sind wegen der großen Entfernung ohne Einfluß.

Die japanische Intervention beschlossen.

Aus Tokio wird gemeldet: Eine Sondersitzung des Staatsrates unter Vorsitz des Kaisers genehmigte die Maßnahme hinsichtlich Sibiriens.

Auch China will gen Sibirien.

In der gestern im Kriegsministerium abgehaltenen Sitzung entschied das chinesische Kabinett, daß China an der Intervention in Sibirien teilnimmt.

Eine Zusammenkunft belgischer Parlamentsmitglieder.

Aus Le Havre meldet der „Nieuve Rotterdamsche Courant": Heute, am 22. Juli, haben die belgischen Parlamentsmitglieder, die sich außerhalb des besetzten belgischen Gebietes befinden, eine Zusammenkunft in St. Adresse abgehalten. 50 Volksvertreter waren anwesend und verschiedene Mitglieder der Regierung wohnten der Versammlung bei. Theodor, der Abgeordnete von Brüssel, präsidierte der Versammlung und hielt eine Eröffnungsrede, in der er u. a. sagte: „Vier Jahre sind seit Kriegsbeginn vergangen. In dieser ganzen Zeit ist die Kammer niemals zusammengetreten, die Regierung hat ihre Aufgabe, die gesetzgebende Macht im Parlament, übernommen. Die heutige Versammlung hat den Zweck, die Lücke, die sich ergeben hat, auszufüllen, soweit dies möglich ist. Dazu aber ist es notwendig, daß die Regierung ihre Zustimmung dazu erteilt, daß sie mit uns zu Rate geht, ihr Programm auseinandersetzt und ihre Meinungen offenbart. Es ist von Wichtigkeit, daß die Bevölkerung des besetzten Gebietes Belgiens, die sich im Auslande Aufhaltenden und auch das ganze Publikum der Ententestaaten über die Richtung unserer nationalen Politik informiert werden. Die Regierung muß ein Programm auf wirtschaftlichem, finanziellem und international-politischem Gebiet haben. Weiterhin entsteht die Frage, welche Stellung Belgien im Rahmen der Alliierten einnimmt. Ist unser Land völkerrechtlich neutral oder ist seine Neutralität vorbei, seitdem eine der Mächte, die sie garantiert hatten, diese Garantie gebrochen hat? Hat unsere Regierung sich eine Politik bezüglich des künftigen internationalen Status Belgiens zurechtgelegt? Will Belgien wieder neutral werden oder soll es vollständige Souveränität verlangen mit allen Rechten und aller Verantwortlichkeit, die daran geknüpft ist? Alle diese Probleme warten jetzt auf eine Lösung."

Die Erfolge der flandrischen Marine-Jagdflieger.

Berlin, 24. Juli. (Amtlich.)

Unsere in Flandern unter dem Befehl von Leutnant zur See Sachsenberg stehenden Marine-Jagdflieger schossen in den letzten Wochen 24 feindliche Flugzeuge ab und errangen damit seit Bestehen dieses Fliegerverbandes, 30. April 1917, ihren 100. Luftsieg. Leutnant zur See Sachsenberg schoß seinen 16. und 17., Leutnant d. Res. M. A. Osterkamp seinen 16. Gegner ab. Hervorragend sind an den Erfolgen noch beteiligt Vize-Flugmeister Heinrich und Flugmaat Zenzes.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Antwort an die italienische Regierung.

Angesicht des Verbots des italienischen Sozialisten-Kongresses fordert der Römische Ausschuß der sozialistischen Parteileitung im heutigen „Avanti" alle Parteimitglieder auf, die Beteiligung an den Körperschaften und Handlungen, die die Mitarbeit der Sozialisten benötigen, als Protest gegen die diktatorische Regierungsmaßnahme abzulehnen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, den 25. Juli. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 13 000 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

An der amerikanischen Küste scheint wieder ein deutsches U-Boot zu operieren. Aus New York wird gemeldet: Am Sonntag beschoß und versenkte ein U-Boot bei Cod einen Schlepper und drei Kohlenkähne. Ein Wasserflugzeug ist aufgestiegen, um das U-Boot zu vertreiben. Es wurde niemand verletzt.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 25. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Lucqoy und Tehuterne griff der Feind am Abend unter starkem Feuer an. Er wurde abgewiesen. Ebenso scheiterten Vorstöße, die der Feind von Albert und aus Waisy unternahm.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Schlachtfront zwischen Soissons und Reims ließ die Kampftätigkeit gestern nach. Kleinere Infanteriegefechte im Vorgelände unserer Stellungen. Südlich des Ourcq und südwestlich von Reims führte der Feind heftige Teilangriffe, die wir im Gegenstoß zurückschlugen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In den Vogesen brachte bayerische Landwehr von einer schneidig ausgeführten Unternehmung Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 25. Juli.

Der Bürgerausschuß

verwies in seiner gestrigen Sitzung eine Eingabe der hiesigen Zahlstellen der Verbände der Bauarbeiter und Zimmerer, in der Forderungen bezüglich der Neugestaltung der Bauordnung enthalten sind, an die zur Prüfung dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission. Mitgenehmigt resp. gutachtlich befürwortet wurden folgende Anträge des Senates: Nachbewilligung von insgesamt 9022,03 Mk. auf die Artikel 20, 22, 77 und 78 des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917. Bewilligung von Mitteln für den öffentlichen Arbeitsnachweis. (5307,50 Mk. für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September.) Ausbesserung der Feldscheune des Stadtgutes Niendorf. (Kosten 1200 Mk.) Landverkauf an Senator Dr. Vermehren. (1374 qm, am Jerusalemsberg gelegen, für 10,000 Mk.) Grundstücksaustausch in Schlutup. Auswechselung des Kabels für den Kulenkampkai. (Kosten 11,000 Mk.) Obstbaumpflanzungen an den lübekischen Landstraßen. (Kosten 13,800 Mk.) Nachbewilligung von 2658,48 Mk. an die Staatsanwaltschaft. Erhöhung der dem Chorpersonal des Stadttheaters gewährten Gustentationsgage von 50 Mk. auf 80 Mk. monatlich. (Kosten 3900 Mk.) Nachbewilligung von 8704,19 Mk. für das Allgemeine Krankenhaus. Nachbewilligung von 19 040,95 Mk. für die Heilanstalt Strecknitz. Nachbewilligung von 51 196,69 Mk. beim Wasserwerk Lübeck und 617,14 Mk. beim Wasserwerk Travemünde für die Betriebsbehörde. Nachbewilligung von 83 032,99 Mk. für den Ortsarmenverband Lübeck.

Die Lübecker Warmbadeanstalt

ist durch einen von der Bürgerschaft angenommenen Antrag des Senates angekauft in das Eigentum des Staates überführt worden. In ihrer gestrigen außerordentlichen Generalversammlung haben sich die bisherigen Aktionäre des Unternehmens mit diesem Verkauf einmütig einverstanden erklärt. Das war vorauszusehen, da die Badeanstalt seit langem keine Gewinne abwarf, sondern nur Zuschüsse erforderte.

Die inneren Verhältnisse der alten Badeanstalt sind dringend verbesserungsbedürftig. Das kam auch in der Debatte in der Bürgerschaft von verschiedenen Seiten entschieden und unzweideutig zum Ausdruck. Etwas wirklich Gutes läßt sich in dem vorhandenen Gebäude überhaupt nicht schaffen, sondern nur ein Provisorium, das so lange bestehen muß, bis die notwendige Schwimmhalle, die hier seit langem fehlt, errichtet ist.

Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit einem Senatsantrag zu beschäftigen, der für die Instandsetzung der Badeanstalt selbst, sowie für die Ausbesserung und Vervollständigung des Inventars insgesamt 19 100 Mark fordert. In der Vorlage wird weiter gesagt, daß der Arzt Dr. Bitz der Finanzbehörde sein elektrisches Lichtbad zum Preise von 777 Mk. angeboten habe. Dieses Angebot ist für zweckmäßig und akzeptabel erachtet worden und deshalb diese Summe in dem Kostenanschlag mit aufgenommen worden. Wenn es auch nicht möglich ist, sagt der Senat, mit den aufzuwendenden Kosten eine allen Anforderungen genügende Anstalt zu schaffen, so wird sie nach Aufwendung der in Aussicht genommenen Mittel doch in einen Zustand versetzt, der billigen Ansprüchen genügt. In der Badeanstalt befinden sich einige Einrichtungsgegenstände, die Eigentum der Witwe Lemcke sind. Sie ist bereit, diese Gegenstände für 1390 Mk. dem lübeckischen Staate zu verkaufen. Auch damit ist der Senat einverstanden. Der Senat beantragte die Bewilligung der vorstehend genannten Summen. Die Ausführung der Arbeiten wird etwa 8—10 Wochen in Anspruch nehmen. Während dieser Zeit muß die Anstalt geschlossen werden. Damit sie aber nach Schließung der Flußbadeanstalten wieder in Benutzung genommen werden kann, beabsichtigt der Senat, die Baubehörde im Falle der gutachtlichen Befürwortung der Vorlage durch den Bürgerausschuß anzuweisen, die Instandsetzungsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen, sobald die Zustimmung der Generalversammlung der Lübecker Badeanstalt A.-G. zu dem Kaufvertrage vorliegt. Sie ist, wie eingangs berichtet, gestern erfolgt.

Der Bürgerausschuß sprach sich gutachtlich für die Mitgenehmigung dieses Senatsantrages durch die Bürgerschaft aus.

Erhalten Kriegsgetraute Unterstützung?

Sehr häufig wird angefragt, wie es mit der Wehrunterstützung für Kriegsgetraute steht, ob sie noch gezahlt wird oder nicht. Wir können darauf nur antworten: Selbstverständlich müssen die Kriegsgetrauten unterstützt werden; freilich, nach dem Gesetz nur dann, wenn sie bedürftig sind. Darauf vor allem kommt es an.

Nun entsteht sofort die Frage: Wann ist eine kriegsgetraute Ehefrau bedürftig? Im Gesetz steht darüber nichts, und so haben die Lieferungsverbände, die Gemeindevorsteher und Landrats- und Kreisämter einen ziemlich freien Spielraum. Kein Wunder, daß die Klagen über Verweigern von Wehrunterstützung an Kriegsgetraute nicht abreißen. Diese Klagen sind auch bis zum Reichskanzler gedrungen, der sich daraufhin beeilte, an sämtliche Bundesregierungen ein Rundschreiben zu richten, worin empfohlen wird, die Unterstützung der Kriegsgetrauten in jedem Falle wohlwollend zu prüfen.

In dem Rundschreiben des Reichskanzlers heißt es u. a.: „Wiederholt ist — auch von amtlicher Seite — Klage darüber geführt worden, daß kriegsgetrauten Ehefrauen die Familienunterstützung zu Unrecht versagt werde. Zugleich ist angeregt worden, bestimmte Grundsätze darüber aufzustellen, wie gegenüber Anträgen kriegsgetrauter Ehefrauen auf Gewährung der Familienunterstützung zu verfahren sei. Ich habe mich demgegenüber ablehnend verhalten. Denn einmal hängt die Frage der Gewährung oder Nichtgewährung der Familienunterstützung auch bei Kriegsgetrauten in erster Linie von der Feststellung der Bedürftigkeit ab, deren Prüfung den Lieferungsverbänden allein Kriegsgetrauten in erster Linie von der Feststellung der Bedürftigkeit ab, deren Prüfung den Lieferungsverbänden allein überlassen bleiben muß. Dann aber liegen die Fälle zu verschiedenartig, um für ihre Behandlung allgemeine Richtlinien aufzustellen."

Weil aber, wie der Reichskanzler weiter sagt, die Versagung der Unterstützung gerade bei Kriegsgetrauten vielfach Erbitterung hervorgerufen zu haben scheint, der in der jetzigen Zeit möglichst vorgebeugt werden muß, sollen die Lieferungsverbände jeden einzelnen Fall eingehend und wohlwollend prüfen. Das ist gewiß sehr schön gesagt, aber helfen wird es kaum. Das beste wäre in der Tat, bestimmte Grundsätze über die Unterstützung an Kriegsgetraute aufzustellen. Möglich ist das schon, obwohl die Fälle meist recht verschiedenartig sind.

Zivilpersonen französischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland leben, und hier eine Zeitlang interniert waren, kann jetzt auf Grund der Vereinbarungen zwischen der deutschen und französischen Regierung die Ausreise aus Deutschland gestattet werden. Sie müssen, wenn sie davon Gebrauch machen wollen, ein schriftliches Gesuch an das zuständige Generalkommando oder an den spanischen Botschafter in Berlin richten, und zwar bis zum 1. September 1918. In dem Gesuch sind anzugeben: 1. Name, Vorname, Geburtstag und Geburtsort. 2. Zeit und Ort der Internierung. 3. Zeitpunkt der Entlassung aus der Internierung. 4. Wohnort oder ständiger Aufenthaltsort vor dem Kriege. 5. Ort, wohin sich die Zivilperson zu begeben wünscht.

Wehmütige Erinnerungen.

Wohin das noch führen soll, ist gar nicht abzusehen. Die Lebensmittelpreise klettern schneller in die Höhe als ein Laubfrosch bei hellem Sonnenschein, und ein normaler Geldbeutel kann diesen Aufstieg nicht mehr mitmachen. Wurde mir doch neulich für ein Schinkenbrötchen der haarsträubende Preis von drei Mark abgefordert, was mich fast einer Ohnmacht nahe brachte. Als der Wirt meinen Zustand erkannte, führte er zur Begründung an, er zahle für das Pfund Schinken 24 Mark. Dafür konnte man früher einen ganzen ausgewachsenen Schinken kaufen! Ich habe mir natürlich kein Schinkenbrot gekauft, aber im Geiste stellte ich wehmütige Vergleiche zwischen einst und jetzt an. In meiner Jugend kostete in meiner Heimat auf dem Lande ein Schinkenbutterbrot (und was für eins!) nur einen Groschen.

Wenn man in einer stillen Ecke sitzt und dem Treiben der Wirtshausgäste zuschaut, kommen einem allerlei Gedanken. So ging es mir auch gestern abend. Ein Gast forderte eine Zigarre und fragte vorsichtshalber nach dem Preise. „Von 50 Pfennig ab!" berichtete die Kellnerin. „Aufwärts oder abwärts?" — „Natürlich aufwärts!" — Er bestellte eine zu 50 Pfennig. Es war eine richtige Freimaurerzigarre die früher die Maurer im Freien rauchten zum Schutz gegen die Fliegen. Diese selbe Zigarre kauften wir in meiner Jugend drei Stück für einen Groschen, wahrscheinlich war sie damals noch besser als heute. Und ein Steinhäger, besser gesagt Steinhäger-Ersatz, kostet heute eine Mark fünfzig, während wir ihn einstmals an der Quelle für fünf Pfennig tranken. Ein Grog kostet heute zwei oder drei Mark. Vor Jahren gab es noch einen trinkbaren Grog für zwanzig Pfennig, und wo man einen höheren Preis forderte, erklärte man dies für eine elende Beutelschneiderei.

Auf dem Heimwege fiel mir die Anekdote von dem Frachtfuhrmann ein, der in einem Dorfwirtshaus eine Kiste abzuliefern hatte. Die Wirtin wollte ihm etwas zugute tun und fragte: „Watt wullt hei drinken? En Buddel Beer, einen Schnaps oder leiwer en Glas Grog?" Und der Fuhrmann antwortete: „Gäben Sei mi en Buddel Beer und en Schnaps, und in dat Tied, dat ick datt drinke, könnt Sei mi den Grog torechtmoken!" Das sind vergangene Zeiten. Sie kehren niemals wieder, wenigstens wir älteren Leute werden sie nicht mehr erleben.

40 Kubikmeter Gas können im Monat August ohne Strafgeldzahlung in Lübeck von den Abnehmern entnommen werden.

Ausgabe von 2½-Pfennig-Stücken! Infolge der Schwierigkeiten, die sich naturgemäß aus dem Rechnen mit halben Pfennigen ergeben mußten, ist die Prägung eines 2½-Pfennig-Stückes aus noch zu bestimmendem Metall in Aussicht genommen. Mit der baldigen Einführung der neuen Münze ist zu rechnen.

Ueber die Klebfähigkeit der Briefmarken und die Beschaffenheit des Papiers der amtlichen Postkarten wird in letzter Zeit häufig geklagt. Die Postverwaltung stellt nicht in Abrede, daß sich in beiderlei Hinsicht die Verhältnisse gegen früher etwas verschlechtert haben. Die Ursache davon ist in gewissen Schwierigkeiten zu suchen, die sich neuerdings bei der Herstellung des Klebstoffes und des Papiers ergeben und die sich vor der Hand nicht beseitigen lassen. Sie müssen als eine Begleiterscheinung des Krieges hingenommen werden. Um zu erreichen, daß die Marken möglichst gut haften, empfiehlt es sich sehr, wenn die Verbraucher sie vorsichtig und nur mäßig anfeuchten. Andernfalls wird von der Klebstoffschicht zuviel fortgenommen, sodaß die Marken dann unter Umständen abfallen.

Die Abfahrt der Ferienkolonie nach Travemünde am kommenden Sonnabend mittag erfolgt besonderer Umständehalber nicht um 2,04 Uhr, sondern schon mit dem Zuge 1,35 Uhr, worauf hierdurch aufmerksam gemacht sei.

Ueber die Versendung von Druckschriften in das Ausland ist eine Verordnung erlassen, welche die Versendung grundsätzlich verbietet und diese nur unter bestimmten Voraussetzungen zuläßt. Abdrucke der Verordnung stehen auf der Kanzlei der Handelskammer, Breitestraße 6, zur Verfügung.

pb. **Wucherpreise für Brot.** Festgenommen wurde ein auf dem Hochofenwerk beschäftigter belgischer und ein französischer Arbeiter, die an die auf dem Hochofenwerk beschäftigten Nebenarbeiter Brot zu Wucherpreisen verkauft hatten. Die Festgenommenen hatten es verstanden, sich hier in den Besitz mehrerer Brote zu setzen, für die sie nachher bis zu 6 Mk. forderten und auch bezahlt erhielten.

pb. **Diebstahl.** Festgenommen wurde eine Fabrikarbeiterin aus Elbing, die einer in der Hüxtertor-Allee wohnhaften Dame 37 Mark gestohlen hatte.

pb. **Abhanden gekommen** und vermutlich gestohlen wurde am Sonntag abend aus dem Garderobenraum des Stadthallentheaters ein braun-seidener Mantel im Werte von 385 Mk.

pb. **Der Einbrecher Glück und Pech.** In der Nacht zum 23. ds. Mts. bemerkte der in Harmsdorf stationierte Schutzmann auf der Landstraße zwei verdächtig aussehende Männer, die beide Rucksäcke trugen. Während der eine der Verdächtigen angehalten werden konnte, ergriff der andere die Flucht. Da der Angehaltene in seinem Rucksack offenbar Diebesgut trug, wurde er zunächst in die Arrestzelle der Polizeistation untergebracht. Nunmehr nahm der Beamte mit Erfolg die Verfolgung des anderen flüchtigen Mannes auf. Als er mit diesem auf der Polizeistation eintraf, zeigte es sich, daß der bereits festgenommen gewesene Dieb aus der Arrestzelle ausgebrochen war und die Flucht ergriffen hatte. Seine sofortige Verfolgung mußte wegen der Bewachung des zweiten Diebes unterbleiben. Letzterer wurde am nächsten Morgen mit der Eisenbahn nach hier transportiert. Als der Zug aber auf der Station Blankensee hielt, sah der Beamte, wie der in der Nacht ausgebrochene Komplize des Festgenommenen den Zug bestieg, um von dort mit nach Lübeck zu fahren, ohne eine Ahnung von der Anwesenheit des Beamten im Zuge zu haben. Nach dem Einlaufen des Zuges auf dem hiesigen Bahnhof ereilte auch dem Ausbrecher das Schicksal, denn er wurde sofort festgenommen, um nunmehr für längere Zeit sicher untergebracht zu werden. Es zeigte sich, daß die beiden Diebe, zwei russisch-polnische Arbeiter, in Kulpin in Lauenburg einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt hatten, wobei ihnen zwei geräucherte Schinken, geräucherter Speck und Würste sowie auch Kleidungsstücke in die Hände gefallen waren, die dem Bestohlenen fast restlos wieder zurückgegeben werden konnten.

„Der Hias", das feldgraue Spiel, wird nun schon die vierte Woche mit ungeschwächtem Erfolge im Hansatheater aufgeführt, doch stehen nunmehr die letzten Vorstellungen bevor, wie aus der Anzeige ersichtlich ist. Hierauf und auf die letzte Sonntag-Nachmittag-Vorstellung am 28. Juli 3½ Uhr, zu welcher Kinder und Militär nur halbe Preise zahlen, sei besonders hingewiesen.

Schwartau-Rensefeld. Der Sozialdemokratische Verein hält am Freitagabend im Gasthof Transvaal seine Mitgliederversammlung ab. Zahlreicher Besuch ist notwendig.

Hamburg. Tödlicher Unfall im Fahrstuhl. Durch eigene Unvorsichtigkeit kam Mittwoch morgen eine Scheuerfrau beim Reinigen des Fahrstuhls ums Leben. Im Kontorhause Repsoldstraße Nr. 60 waren der Hausmeister, seine Tochter und eine in der Wendenstraße wohnende Frau Lobusch damit beschäftigt, den Paternosterfahrstuhl zu säubern. Das Gangwerk wurde zeitweise in Bewegung gesetzt, um den Fahrstuhl um ein Glied weiter hinauf und hinunter zu bringen. Frau Lobusch stand in einem in Erdgeschoßhöhe befindlichen Stuhl auf einer Trittleiter. Als der Hausmeister die Triebkraft wieder anstellte, fuhr Frau L. durch den Keller und im anderen Schacht wieder hinauf. Dabei hatte sie aber den Kopf über den Rand des Fahrstuhls vorgebeugt und geriet zwischen den Kabinenrand und Fahrstuhlschiene. Mannschaften der Feuerwehr holten die Frau heraus. Auf dem Wege ins Krankenhaus ist sie aber bereits gestorben.

Kiel. Selbstmorde. Am Knooper Weg erschoß sich nachts ein Matrose. — Im Gefängnis erhängte sich ein taubstummer Mann kurz nach seiner Einlieferung. — Einen jähen Tod fand der Arbeiter Blank, Kieler Straße in Holtenau wohnhaft. B. war morgens ½8 Uhr aus dem Hause auf Arbeit gegangen, und zwar nach der Kieler Seite des Kanals, um bei der Motorbootsfähre eine Telegraphenleitung zu reparieren. Als er sich oben auf dem Telegraphenpfahl befand, brach dieser plötzlich kurz über der Erde ab. Jedenfalls war er morsch geworden. Blank stürzte herab und war sofort tot. — Neue Hochseefischerei. Von namhaften Kieler Firmen ist die Gründung einer Hochseefischerei-A.-G. in die Wege geleitet worden. Als Gründungskapital sind 2½ Millionen Mark vorgesehen. Fünf Dampfer von je 500 000 Mark Wert sollen erworben werden. Außer dem Frischfischfang soll auch der Heringsfang betrieben und namentlich das Kattegat und Skagerak befischt werden.

Winsen. Großfeuer. Montag abend brannte das große Gewese des Hamburger Kaufmanns Benc in Schützendorf vollständig nieder. Das Feuer entstand im Wohnhaus wahrscheinlich durch Schornsteinbrand, und griff bei dem herrschenden starken Wind rasch auf die Stallungen und Scheunen über. Das Vieh konnte gerettet werden, aber erhebliche Heuvorräte wurden ein Raub der Flammen.

Neueste Nachrichten.

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Berlin, 25. Juli. Seit einigen Wochen weilt eine Abordnung der Sowjet-Regierung in Berlin, um mit der deutschen Reichsregierung über die Auslegung des Brest-Litowsker Friedensvertrages Verhandlungen zu führen. Der Wunsch zu diesen Verhandlungen ist von der Sowjet-Regierung in Moskau ausgegangen, und er fand beim Staatssekretär v. Kühlmann sofort sympathische Aufnahme. Die Verhandlungen, die noch unter der Leitung des Herrn v. Kühlmann begonnen wurden, stehen nunmehr vor dem Abschlusse. Sie haben, wie der Vertreter der „Frankf. Ztg." hört, in sämtlichen Punkten zu einer Einigung geführt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Auf Grund der in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Mai 1918 Nr. 247 veröffentlichten Vereinbarungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung über Zivilpersonen vom 26. April 1918 kann denjenigen Zivilpersonen französischer Staatsangehörigkeit, die zu irgend einem Zeitpunkt seit Beginn der Feindseligkeiten interniert waren und später ermächtigt worden sind, frei in Deutschland zu leben, unter gewissen Bedingungen die Ausreise aus Deutschland gestattet werden. Das Nähere ergibt sich aus der bezeichneten Veröffentlichung.

Die Zivilpersonen, die hiernach von der Ausreisemöglichkeit Gebrauch machen wollen, müssen ein schriftliches Gesuch an das für ihren Aufenthaltsort zuständige stellvertretende Generalkommando oder an die Königlich spanische Botschaft in Berlin richten. Die Frist, innerhalb welcher solche Gesuche einzureichen sind, ist nach Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung bis zum 1. September 1918 verlängert worden.

In dem Gesuch sind anzugeben:

1. Name, Vorname, Geburtstag und Geburtsort;
2. Zeit und Ort der Internierung;
3. Zeitpunkt der Entlassung aus der Internierung;
4. Wohnort oder ständiger Aufenthaltsort vor dem Kriege;
5. Ort, wohin sich die Zivilperson zu begeben wünscht.

Berlin, den 14. Juli 1918.

8504 **Auswärtiges Amt.**

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet statt am Freitag, dem 26. Juli 1918, vormittags von 7 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 3 der Knochenbezugskarten Nr. 11 000 bis 12 000.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 24. Juli 1918. (3498

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Auf den Abschnitt 35 der Bezugskarte für Eier des Lebensmittelkartenheftes und der Lebensmittelkarte kann in der Zeit vom 26. Juli bis 3. August 1918 ein Ei zum Preise von 35 Pfg. verabfolgt und entnommen werden.

Lübeck, den 25. Juli 1918. (3502

Das Polizeiamt.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, zu 5, Absätze 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den August 1918: **40** cbm.

Lübeck, 25. Juli 1918. (3503

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung.

In den Käse- und Delikatessen-Spezialgeschäften wird

vollfetter dänischer Weichkäse

zum Preise von Mk. 4.— für das Pfund

freihändig **(ohne Marken)** verkauft.

Lübeck, den 24. Juli 1918. (3499

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Sammelt Kirschkerne! 3490

Tischler, Zimmerleute u. Schlosser

werden dauernd eingestellt von

Flugzeugbau Friedrichshafen G. m. b. H.

Werft Warnemünde. 3492

Gesucht zu sofort ein (3496

Kriegsbeschädigter oder älterer Mann

für die Kantine eines größeren Werks. Angebote unt. **K L M G** an die Exped. dies. Blattes.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (3487
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Montag, dem 22. Juli, starb unser langjähriges u. ältestes Mitglied, der Rieter

Christian Matthießen.

(Bezirk 11.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 30. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Die Mitglieder versammeln sich bis 2½ Uhr beim „Weißen Hirsch".

Um rege Beteiligung ersucht

3500) **Die Ortsverwaltung.**

Bilderleisten 3489

einrahmungen

Oscar Tauch [illegible] Geschwendig, Fleischhauerstr. [illegible] Anruf 2808.

Feldpostkartenbriefe

sind vorrätig.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Stadthallen-Theater.

Direktion: **Stanislaus Fuchs.** (3495

Donnerstag, d. 25. Juli 1918:

Das Dreimäderlhaus.

Operette nach Schubert.

Freitag, den 26. Juli 1918:

Neuheit! Neuheit!

Cajus der Leibfuchs.

Lustspiel von Wiegand.

Sonnabend, den 27. Juli 1918:

Zum letzten Male:

Der Opernball

Operette von R. Heuberger.

Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Saison-AUS-VERKAUF

Nur noch wenige Tage!

Enorme Preisabschläge u. Rabatte von

10 u. 20%

bieten eine sensationell günstige Gelegenheit sich mit Haushalts- und Wirtschafts-Artikeln billiger als sonst einzudecken.

Wir stellten zum Ausverkauf große Posten

Glas-, Porzellan- und Steingut-Waren
Eisschränke — Fliegenschränke
Einkoch-Apparate - Kochkisten - Schnellbrater
Einkoch-Gläser - Obst- u. Gemüse-Dörren
Blech- u. Emaille-Waren
Kristalle
Papierwaren - Bücher und Noten
Parfümerien u. Toilette-Artikel
Galanterie und Luxus-Gegenstände

Schuhe und Textilwaren sind vom Ausverkauf ausgeschlossen.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. HOLSTENSTRASSE LÜBECK.

Ferienkolonien.

Abfahrt der Ferienkolonie am Sonnabend, 27. Juli (3501

nicht 2.04 sondern 1.35

Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Achtung!

Bortente der Stauereibetriebe

Zusammenkunft

am Freitag, dem 26. Juli 1918

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission über die Verhandlung mit der Stauerei-Vereinigung.
2. Sonstige Angelegenheiten.

Das Erscheinen sämtlicher Bortente ist dringend erforderlich.

3495) **Der Vorstand.**

Achtung!

Deutscher

Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

am Sonnabend, dem 27. Juli

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50-52

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Kartellbericht.
3. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz.
4. Eingänge.

3494 **Der Vorstand.**

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Mitglieder-Versammlg.

am Freitag, dem 26. Juli

abends 8½ Uhr

im Lokale des Herrn W. Hilprecht

(Gasthof Transvaal).

Um zahlreiches Erscheinen bittet

3493) **Der Vorstand.**

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (3488

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Mitgl. des Rab.-Spar. Lübeck.

Nur noch 6 Tage!

Allabendlich pünktlich 8 Uhr:

Riesen-Erfolg! **„Der Hias"** Riesen-Erfolg!

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von H. Gilardone.

Mit Riesenerfolg über 3000 mal in allen größeren Städten Deutschlands aufgeführt.

Sonntag, 28. Juli, nachm. 3½ Uhr: Letzte Familien-Vorstellung.

Zu dieser ungekürzten Nachmittags-Vorstellung zahlen Militär und Kinder auf allen Plätzen **halbe Preise.**

Kartenvorverkauf: **Holstenhaus,** Holstenstraße, Zigarrenhandlung **Röhrig,** Schüsselbuden, **Musikhaus Odeon,** sowie Theaterkasse von 11—1 vorm. und von 6 Uhr ab. 3491

HANSA-THEATER.

Nr. 172
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 25. Juli 1918

Deutsche Thronsorgen.

Man schreibt uns aus Berlin:

In diesen Tagen, in denen die Sonne hinter Wolken steht, vernehmen wir mit doppeltem Staunen von mancherlei Vorgängen, die sich unter der Oberfläche abspielen. Während das deutsche Volk um sein Leben kämpft, wird ein seltsamer Streit um Throne und Thrönchen geführt, in Mecklenburg, in Litauen, in Finnland und sonstwo.

Der Ausschuß zur Erhaltung eines selbständigen Mecklenburg-Strelitz, der sich in diesen Tagen gegründet hat und mit einem schallenden Aufruf an die Kulturmenschheit hervortrat, wird doch fürs erste selber wohl nichts anderes erwartet haben, als einen Heiterkeitserfolg. Aber man könnte wohl sagen, die Dinge in Mecklenburg sind so komisch, daß sie schon wieder anfangen, ernst zu werden. Mit einer menschlichen Tragödie, dem Selbstmord des Strelitzer Großherzogs, setzt das Stück ein, dann schlägt es aber sofort in eine Posse um. Der einzige berechtigte Thronfolger ist oder war vielmehr russischer General, heute ist er, wenn er klug ist, wahrscheinlich Mitglied der Petersburger Straßenreinigungsorganisation und als solches zur Wahl für den Sowjet berechtigt. Gleichviel wie, Karl Michael ist Russe, er hat die Waffen gegen das Deutsche Reich geführt und kann, wenigstens nach dem augenblicklichen Stande des nationalen Empfindens, nicht deutscher Bundesfürst werden. Außerdem ist er nicht da und demzufolge ausgeschaltet.

Diese Gelegenheit benützt der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, um in Form einer Verwesterschaft eine regelrechte Annexion des kleinen bisher selbständigen Landes vorzunehmen. Eines Morgens erwachen die Strelitzer als Schweriner und getreue Untertanen Friedrich Franz IV., des Eroberers. Das heißt die Treue zu dem plötzlich angestammten Fürstenhaus will sich doch nicht einfinden: auf der einen Seite rebellieren am lautesten und aufgeregtesten die Strelitzer Hoffriseure, daß der Glanz der Hofhaltung in Strelitz verlöschen und auf Schwerin übergehen soll, auf der anderen Seite zeigte man sich aber auch darüber verdutzt, daß man heutzutage noch, wie Wilson sagen würde, Völker wie Bauern auf dem Schachbrett hin- und herschieben kann.

Der Anspruch des Schweriners an Strelitz gründet sich auf einen Erbvertrag, der vor 217 Jahren zwischen den beiden Familien abgeschlossen worden ist. Man wird dadurch an die alten Erbverträge erinnert, um die sich sonst kein Mensch mehr kümmert, und im „Berliner Tageblatt" macht ein boshafter Strelitzer die Enthüllung, daß auf Grund dieser Erbverträge auch Preußen an Mecklenburg-Schwerin fallen würde, wenn die Hohenzollern aussterben sollten (was man einstweilen allerdings durchaus nicht zu fürchten braucht).

Man kann sich längst mit historischen Tatsachen abgefunden und aufgehört haben, auf die Frage der Staatsform entscheidendes Gewicht zu legen, und man wird sich doch fragen, ob dies ein Zustand ist, der eines großen hochzivilisierten Volkes würdig ist.

Eine der Monarchien, über die in letzter Zeit erst leise, dann lauter gesprochen worden ist, ist das neue „befreite" Litauen. Als Herzogtum ohne Herzog und damit würdiger Nachbar des Königreichs ohne König schleppt es unfroh seine Tage hin, und so kam kürzlich ein Teil des Landesrats, der sich als Staatsrat konstituierte, auf die Idee, den Herzog von Urach als Landesfürsten auszurufen. Nun ist aber bekanntlich noch ein anderer Thronanwärter da, der König Friedrich August von Sachsen, und die Litauer taten ihm entschieden Unrecht, indem sie ihn hinter den Herzog von Urach zurücksetzten, denn sie wissen von diesen beiden Landesvätern in spe gleich viel, nämlich nichts. Die deutsche Verwaltungsbehörde ist denn auch gegen diese Uebereilung eingeschritten, es heißt Eile mit Weile, und die Litauer werden ihr Selbstbestimmungsrecht erst dann auszuüben haben, bis die deutsche Verwaltungsbehörde entschieden hat, in welchem Sinne dies zu geschehen habe. Immerhin leuchtet der Handstreich der Anhänger des Herzogs von Urach in Zustände hinein, die recht heiter und doch wenig erfreulich sind. Sollte man glauben, daß es Leute gibt, die dieses ganze gigantische Völkerringen nur nach den Hausmachtinteressen der Dynastie von Gerolstein oder ähnlicher Notabilitäten beurteilen? Daß Kuriere und Agenten herüber und hinüber fahren, Höfe bereist, Abgeordnete bearbeitet, Zeitungen beeinflußt werden, damit hier ein Thrönchen zu einem andern Thrönchen geschlagen, dort eine neidvoll — belauerte Kandidatur verhindert wird?

Nein, man könnte es nicht glauben, wenn man es nicht wüßte. Draußen donnern die Schlachten und drinnen . . . .? Draußen die Völkertragödie, drinnen die Gottesgnaden-Operette! Deutsche Sorgen im Weltkrieg!

Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in deutschen Städten 1917.

Wie in den Vorjahren hat das Kaiserliche Statistische Amt eine Erhebung über die Bautätigkeit und den Wohnungsmarkt in deutschen Städten vorgenommen, zu welchem Zwecke an 94 Städte mit über 50 000 Einwohnern und außerdem an Erlangen, Gera und Hof Fragebogen versandt wurden, von denen 93 beantwortet zurückkamen.

Die Bautätigkeit des Jahres 1917 stand noch stärker unter dem Einflusse des Krieges als die der drei Vorjahre. Nicht allein der Mangel an Rohmaterialen sondern noch mehr der an Arbeitskräften — auf 100 offene Stellen im Baugewerbe kamen im Durchschnitt des Jahres etwa 35 Angebote — erklären hinlänglich die rückläufige Entwickelung. Besonders hat natürlich die Herstellung von Wohngebäuden gelitten, wie uns folgende kleine Uebersicht zeigt. Es wurden errichtet:

	Wohngebäude	Wohnungen
1912	8912	61 335
1913	7017	45 220
1914	5667	32 330
1915	2464	13 171
1916	966	4 685
1917	428	1 712

Demnach wurde im verflossenen Jahre nur der 21. Teil der Wohngebäude und gar nur der 36. Teil der Wohnungen des Jahres 1912 errichtet. In einer Reihe von Städten, wie Augsburg, Barmen, Berlin-Schöneberg, Bochum, Elberfeld, Mainz, Stettin, Wiesbaden, Zwickau wurde überhaupt kein einziges neues Wohngebäude errichtet. Den größten Zugang an Wohngebäuden und Wohnungen hatten Essen (190 und 610), Bremen (45 und 87), Köln (43 und 111), Kiel (22 und 90) und Halle an der Saale (21 und 67).

Von besonderem Interesse ist natürlich der Zugang an Kleinwohnungen, deren Bedeutung im Laufe des Krieges infolge der Abwanderung größerer Bevölkerungskreise aus den teueren Wohnungen in kleinere billigere ständig gewachsen ist. Der größte Zugang an solchen Wohnungen hat in Essen mit 482 stattgefunden; es folgen Danzig mit 212 und Frankfurt a. M. mit 179 Kleinwohnungen. In keiner anderen Stadt betrug der Zuwachs mehr als 100 Kleinwohnungen, während 1916 noch 13 Städte einen solchen Zuwachs aufwiesen. Den geringsten Zuwachs mit je einer Kleinwohnung hatten Breslau, Bner i. W., Köln, Danzig, Dresden, Essen, Frankfurt a. M., Halle a. d. S., Hamburg, Königsberg i. Pr., Leipzig, Mannheim. Der Reinzugang an solchen Wohnungen (d. h. der Zugang abzüglich des Abgangs) war natürlich noch bedeutend kleiner, in einer ganzen Reihe von Städten war sogar ein absoluter Rückgang vorhanden. Dieser Zustand muß die größten Befürchtungen für die Zeit nach dem Kriege wecken, wenn erst einmal die Massen der heimkehrenden Krieger wieder eigene Heime gründen, und es wird die höchste Zeit, daß sozialpolitische Maßnahmen energisch in Angriff genommen werden, die einer zu erwartenden krassen Wohnungsnot vorbeugen.

Was die Leerwohnungsziffer anbelangt, so ist diese im letzten Jahre in allen Städten, mit Ausnahme von Elberfeld, Essen und Hamborn, zurückgegangen; und von diesen drei Städten hatte auch nur Essen einen etwas größeren Bestand von leerstehenden Kleinwohnungen, eine Tatsache, die sehr zu denken gibt. Wenn man früher als normalen Bestand an leerstehenden Wohnungen drei Prozent angenommen hatte, so zeigt es sich, daß 1917 nur 18,3 Prozent aller Städte eine solche Ziffer erreichten.

Bedeutend größer als der Zugang an Wohngebäuden war im Berichtsjahre der Zugang an Gebäuden überhaupt. So stellte Köln 284, Hamburg 195, Essen 193 neue Gebäude her; den geringsten Zugang hatten Berlin-Schöneberg, Erfurt, Hannover, Linden b. H., Osnabrück und Zwickau mit je nur 1 Gebäude.

Für unsere Feldgrauen.

Die Heilbehandlung der Neurotiker.

Von sachverständiger ärztlicher Seite wird uns geschrieben: In letzter Zeit hat sich die Presse mehrfach mit dem Schicksal der sogen. Kriegsneurotiker beschäftigt. Einzelne dieser Pressestimmen dürften geeignet sein, in der Oeffentlichkeit ein falsches Bild dieser, die Allgemeinheit in hohem Grade interessierenden Angelegenheit zu wecken. Die Neurotikerlazarette dienen der Sonderbehandlung solcher Heeresangehörigen und ehemaligen Heeresangehörigen, die an den verschiedenen Formen der Kriegsneurose mit Zittern, Lähmungen, Stummheit, Taubheit usw. erkrankt sind.

Diese Erkrankungen beruhen nicht auf schweren oder gar unheilbaren Schädigungen des Nervensystems, vielmehr sind die seelischen Ursprungs. Der Ausbruch kann durch äußere Anlässe, wie Schreck infolge Granatexplosion usw. unterstützt werden. Viele Fälle dieser Krankheit sind aber auch in der Heimat ohne jeden sichtbaren Anlaß offenbar unter dem meist unbewußten Einfluß seelischer Stimmungen und Einwirkungen entstanden. Diese Kranken dürfen weder als Drückeberger oder Simultanten noch als seelisch minderwertige Personen angesehen werden. Sie stehen unter dem willenslähmenden Einfluß unbewußter Vorstellungen. Diesen Einfluß zu brechen, die Kranken gleichsam wieder zu Herren über sich selbst zu machen, muß daher das Ziel der Behandlung sein. Eine solche Behandlung führt zu überraschenden Heilerfolgen. Mehr als 90 Proz. aller Neurotiker werden in kürzester Zeit von ihrem traurigen Zustande befreit, und zwar entsprechend dem psychischen Charakter der Krankheit durch psychische Heilverfahren, wie Hypnose, Suggestion, elektrische Ströme und dergleichen. Die oben erwähnten Presseäußerungen wandten sich vielfach scharf gegen die Verwendung starker Ströme, welche von den Kranken oft als sehr schmerzhaft empfunden würden. Erfreulicherweise ist ja die Anwendung sogen. Starkströme schon seit längerer Zeit grundsätzlich verboten, und reichen die nunmehr angewandten schwachen Ströme vollkommen aus, um in hervorragender Weise das allgemeine suggestive Heilverfahren zu unterstützen. Freilich sind manche Neurotiker auch gegen schwache Ströme sehr empfindlich; namentlich dann, wenn ihnen vom Arzt zu Heilzwecken die Anwendung besonders starker Ströme suggeriert wird. Manche empfinden dann sogar Schmerzen, wenn überhaupt kein Strom angewandt wird.

Auch andere unterstützende Heilmaßnahmen, wie die in dem Lazarett Hornberg in Baden besonders angewandten Exerzierübungen haben manchen Einwand in der Presse hervorgerufen, weil eine gewisse militärische Schroffheit dieser Behandlungsart scheinbar in ethischem Widerspruch mit dem Zustande kranker Menschen steht. Auch dieser Vorwurf scheint nicht berechtigt, wenn man z. B. sieht, wie schwere Störungen des Gehens usw. in kürzester Zeit restlos nach diesen Uebungen verschwinden. Wie bei jedem Heilverfahren kommen auch bei den genannten gelegentlich vermeidbare Mißgriffe vor. Die maßgebenden Behörden haben energisches Eingreifen in solchen Fällen zugesagt, um dem vorzubeugen, daß der wirklich segensreichen und wissenschaftlich allgemein anerkannten Neurosenbehandlung das Vertrauen versagt wird, das sie in der Tat verdient.

Man tut den Neurotiker-Lazaretten Unrecht, wenn man sie als „Rentenquetschen" bezeichnet, da sie nur in der Absicht eingerichtet sind, die Kranken von ihren schweren, die Arbeitsfähigkeit oft völlig aufhebenden Krankheitssymptomen zu befreien. Wie wir hören, legen die Aerzte besonderen Wert auf eine sogen. Nachbehandlung, das heißt eine Beschäftigung des Neurotikers im Anschluß an die eigentliche Behandlung in Werkstätten des Lazaretts unter ärztlicher Ueberwachung, später dann in der näheren oder weiteren Umgebung der Lazarette in gewerblichen Betrieben. Gerade hierdurch soll das Vertrauen des von seiner Heilung überraschten Kranken zu sich selbst geweckt und gestärkt und Rückfällen vorgebeugt werden.

Besonders interessant wird es sein zu hören, daß über die gleichen Erfahrungen mit den Kriegsneurosen auch in französischen und englischen ärztlichen Fachzeitschriften berichtet ist. Auch dort hat man, nachdem sich die Behandlung mit Ruhe, Schonung usw. als ergebnislos herausgestellt hat, die in unseren Neurotikerlazaretten geübte Behandlungsart eingeführt. Die Tatsache, daß auch die feindlichen Staaten unabhängig von uns zu der gleichen Auffassung vom Wesen und von der Behandlungsart der Kriegsneurosen gekommen sind, scheint doch sehr für die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit des bei uns geübten Heilverfahrens zu sprechen.

Im Interesse der Neurotiker selbst kann man jedenfalls nur wünschen, daß die Oeffentlichkeit diesen Behandlungsmethoden Vertrauen entgegenbringt, umsomehr als ihr Ziel dem Grundsatz entspricht, keinen beschädigten Heeresangehörigen zu entlassen, bevor nicht der höchst erreichbare Grad von Erwerbsfähigkeit bei ihm erzielt ist. Selbstverständlich müssen nach wie vor etwaige bei der Behandlung zu Tage tretende Mißstände rücksichtslos aufgedeckt und für ihre Abstellung gesorgt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Politik der Versprechungen und der Halbheiten.

Wie wir nach der bürgerlichen Presse mitteilten, hat Genosse Scheidemann in Kassel von einer Absicht der Regierung, den Landtag im Herbst aufzulösen gesprochen. Auch der fortschrittliche

Hans Preller von Lauffen.

Humoreske von Willibald Alexis.

In sehr alten Zeiten, ehe die Schweiz eine Republik war, und die Engländer daselbst reiseten, lebte, just wo der Rhein um die Ecke biegt, ein Ritter — ein so biederer, als wie je einer zwischen seinen vier Pfählen oder vielmehr vier Mauern gelebt hat. Aber eben seine Biederkeit war sein Unglück. Er hatte ein treues Herz, eine redliche Gesinnung, aber nichts zu beißen und zu brechen. Sein Territorium war Stein und Wald; es gab kaum Hafer für seine Pferde; der Wein dort herum war in jenen Tagen noch sauer als heut — und mit der Flußschiffahrt war es so wenig als jetzt etwas wegen des unangenehmen Einfalles, welchen der Rhein schon damals hatte, gerade an der Burg unseres Ritters einen Fall von mehreren Klaftern zu machen. In der rohen Sprache jenes ungebildeten Jahrhunderts hatte man daher einen Vers auf ihn gemacht, den ich nicht ohne Erröten und nur in der Absicht mitteile, ein Monument von der Denkart und Volkspoesie meinen Lesern nicht vorzuenthalten. Die witzigen Leute sangen nämlich:

„Hans Preller von Lauffen
Hat nichts zu fressen und saufen!"

Letzteres war buchstäblich unwahr; denn niemand hinderte ihn, nach der Freiheit jener unglücklichen Zeiten, soviel Becher und Humpen aus dem Rheine, der ihm ja selbst in die Burg gesprungen kam, zu schöpfen, als ihm beliebte. Sonst lebte er von Forellen und Grillen, mit deren Fang er sich oft tagelang beschäftigte. Leider aber machen beide vielleicht satt, aber nicht stark; und alle Verehrer des männlichen Rittertums und alter deutscher Biederkeit hatten den Verdruß, zu sehen, daß einer aus ihrem Orden lang, hager und schmächtig war.

Wie oft stand Hans Preller auf dem Söller seiner Burg und sah den Rhein hinunter, und die reichen Schiffe und Flöße auf seinen Wellen, und die hochbeladenen Karren auf seinen Straßen, und die lauernden Ritter und Reisigen unter den hohen Burgportalen! Und dann zuckte es wie ein jäher Schmerz ihm durch die Brust, und er biß sich in die Nägel, und der böse Geist murmelte ihm ins Ohr: „Sieh, Hans, das könntest du auch haben!" War nicht sein Vetter, der noch magerer war als er, vom dicken Trierer Bischof zum Vogt in einer jener neuen Rheinburgen bestellt worden? Und als er demütig bei der Bestallung gefragt: „Aber, bischöfliche Gnaden, wovon leben?" hatte da nicht der wohlbeleibte Prälat lächelnd geantwortet und sich auf seinen Bauch geschlagen: „Lieber Getreuer, links fließt der Rhein und rechts geht die Straße nach Frankfurt!" Und war nicht sein Vetter seitdem fast so dick geworden, wie sein Lehnsherr, der Bischof von Trier! Und drehte sich nicht tagaus tagein bei ihm der Spieß am Roste! Und konnten die Böttcher genug Fässer schlagen für all den Niersteiner, der quartaliter in die Keller der Burg gefahren wurde! „Ja, so gehts!" hatte Hans Preller dazumal zu seinem mageren Vetter gesagt, als er von ihm Abschied nahm, um sein Glück in der Welt zu suchen, und war von seinem Sessel nicht aufgestanden; und: „Ja, ja, so gehts!" hatte jüngst der wohlgenährte Vetter zu ihm gesagt, und war nicht aufgestanden aus seinem Armsessel, als Hans Preller ihm einen Besuch gemacht. Immerfort brummte der böse Geist dem Ritter ins Ohr: „Siehst du, so machen sie's in Deutschland! Willst du nicht auch klug werden?"

Aber Hans Preller war ein biederer Schweizer und schüttelte den Kopf. Ein wahrheitliebender Chronist, wie alle Schweizer sind, vergißt indessen nicht hinzuzufügen, daß es dem guten Ritter Hans dazumal etwas schwer gefallen wäre, es gerade so zu machen wie in Deutschland; denn es gab zwar dicke Bischöfe in der Schweiz, und Burgen und Reisige und Keller und auch den Rhein, — aber sehr wenig reiche Reisende; und obgleich jene Zeiten viel reicher an Wunder waren als unsere, wollte doch kein Frachtschiff das versuchen, wie sich der Rheinfall bei Lauffen passieren lasse; und an Landstraßen mit Meßgütern war noch weniger zu denken.

Es ging dem arbei Hans Preller wirklich spottschlecht. Mit Jahr zu Jahr wurden die Grillen bitterer, und die Forellen (meinte sein Magen) kleiner, und für ihn spielte jeder schweizerische Kuhreigen morgens und abends die Melodie:

„Hans Preller von Lauffen
Hat nichts zu fressen und saufen!"

Da — eines Nachts — als der Mond auf sein einsames, großes Bett schien, und er an der Wand seinen Schatten sah, der kaum noch ein Schatten war, und er daran dachte, was für einen Schatten er ehedem geworfen, überkam ihn eine Stimmung, die in der Schweiz zu den größten Seltenheiten gehört und, wenn sie jetzt daselbst zu finden, nur von den Engländern hereingebracht sein kann, er wischte sich nämlich eine Träne aus dem Auge und sprach: „Es ist doch ein hundsföttisch Leben!" Dann trat er angekleidet auf den kleinen Fenstersöller, der gerade über dem Rheinfall angebracht war, und dachte zum letzten Male etwas bei sich, was, in die Sprache des neunzehnten Jahrhunderts übersetzt, etwa so lauten würde: „Was hilft mir nun, daß ich ein alter Edelmann bin, ein Ritter und außerdem noch ein freier Schweizer! Was hilft mir, daß ich ein Gutsherr bin mit Erbgerichtsbarkeit und hängen, spießen und verbrennen lassen kann, wenn ich selbst nichts hängen habe am Nagel und nichts am Spieße, und nicht einmal, was ich besitze, verbrennen kann, weil alles Wasser und Stein ist! Was helfen mir alle meine Wälder, wo jeder Nachbar ebensoviel hat als ich! Was helfen mir alle meine kostbaren Steine, da man keine kostbaren Chausseen baut! Was hilft mir all mein Vorrat an Wasser, da wir in keiner afrikanischen Wüste sind! Was hilft mir das Tageslicht, da die Sonne mir meine Armut zeigt, und was hilft mir die Nacht, wo ich nicht einmal meine Not verschlafen kann, da der tobende Wasserfall sie mir immer in derselben Weise vorbrummt! Und was hilft mir endlich, daß ich ein so grundehrlicher Ritter bin, der nirgends einen Einfall getan und gehabt, wenn niemand drum weiß, und es mir nicht einmal einen Orden, geschweige denn eine Schüssel Linsen einbringt!" —

Und nachdem er so zum letzten Male gedacht, weil es auch in jenen Zeiten, wo man wenig dachte, der Schicklichkeit für angemessen erachtet wurde, einmal wenigstens zu denken vor dem Augenblick, wo alles Denken aufhört, beschloß er, sich in den Rhein zu stürzen.

Schon war der eine Fuß über dem Geländer, und der andere kam ihm nach, und er brauchte nur auszugleiten, und das schäumende Wasserrad faßte ihn; und nichts wäre von Hans Preller übrig geblieben — ich zweifle selbst, ob sein Name —, als plötzlich etwas eintrat, was ich eine Pause in der Natur nennen möchte. Die Wolken am Himmel standen still; die Wipfel der Tannen desgleichen; das Mondenlicht zitterte nicht mehr auf dem Wasserschaume; der Rhein selbst und sein Fall standen still, wie plötzlich zu Eis erstarrt — und Ritter Hans Preller, der sich eben einen Schwung gegeben, hing auch fest am Geländer, wenngleich nur der äußerste Teil seines hinteren Körpers und seine beiden Hände es berührten. Aber just in derselben Stellung als er saß auf der Schwelle des Wasserfalles ein kurioses Wesen, die Beine herunterbaumelnd, mit den Händen auf dem Wellenbruch sich schaukelnd. Die Strömungsmaschine brauchte nur wieder loszugehen und er lag schneller als ich denke — da unten, wohin sich noch eben der Ritter stürzen wollte. Es wäre eine Beleidigung gegen Hans Prellers Scharfsinn, anzunehmen, daß er nicht sogleich gewußt, wer der alte Mann sei, mit dem silberweißen Bart und den kleinen roten Augen. Es war nicht die Nymphe des Rheins, noch der Genius der Flußschiffahrt, sondern nicht mehr und nicht weniger als der Geist oder Kobold des Rheinfalls.

Fortsetzung folgt.

Abg. Prof. Eichhoff hat sich in Solingen in ähnlicher Weise geäußert. Er sagte nämlich nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung", daß es nach sicheren Erkundigungen zur Auflösung des Abgeordnetenhauses und zu Neuwahlen noch in diesem Jahre, sei es im Herbst, sei es im Winter, kommen werde. Hier ist allerdings der Termin der Auflösung etwas unbestimmter gelassen, aber in der Sache stimmen Scheidemann und Eichhoff zusammen. Da man nicht gut annehmen kann, daß beide Abgeordnete sich verhört haben sollten, so hat es wohl sein Bewenden dabei, daß ihnen von maßgebender Regierungsseite eine solche Eröffnung gemacht worden ist. Um so überraschender muß es wirken, wenn jetzt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" von dieser Erklärung abrückt. Sie reagiert nämlich auf die Scheidemannsche Rede in folgender Weise:

„Die Worte, die hier dem Reichskanzler in den Mund gelegt werden, sind entweder mißverständlich oder beruhen auf mißverstandene Aeußerungen des Kanzlers. Wir glauben nicht, daß Graf Hertling gesagt hat, der preußische Landtag werde noch in diesem Jahre aufgelöst. Der Ministerpräsident hat vielmehr wiederholt kundgetan, daß eine Auflösung des Abgeordnetenhauses erst erfolgen werde, **wenn alle verfassungsmäßigen Mittel zur Durchführung einer der Königlichen Botschaft entsprechenden Wahlrechtsreform erschöpft worden seien.** Da das Herrenhaus aber sich erst demnächst der Aufgabe zuwenden wird und die Hoffnung besteht, daß dieses Haus zu einem Ergebnis kommen wird, dem auch die preußische Staatsregierung zuzustimmen in der Lage sein wird, kann von der Notwendigkeit oder Gewißheit einer Landtagsauflösung noch in diesem Jahre vorläufig keine Rede sein."

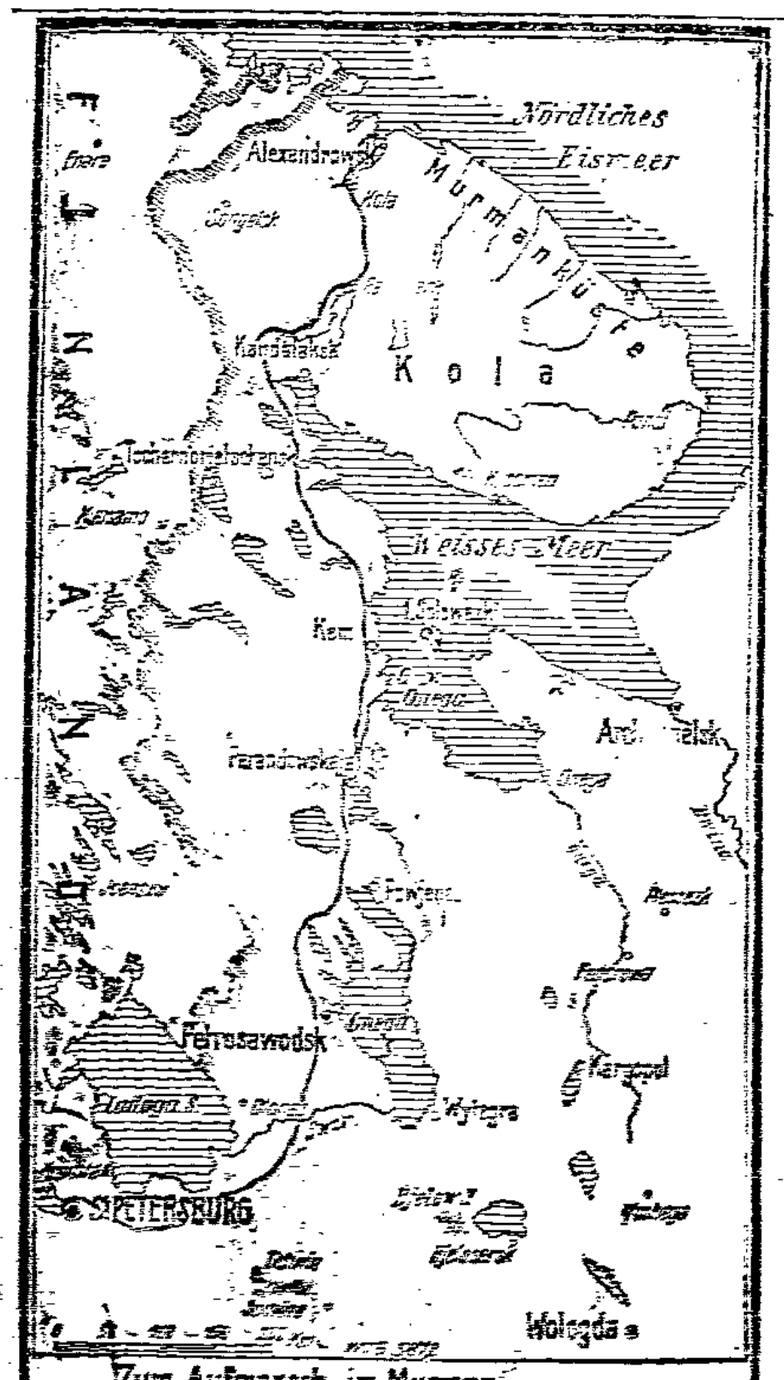
Diese offiziöse Aeußerung sagt allerdings nicht geradezu, daß auf eine Auflösung nicht zu rechnen sei, sondern sie dreht sich nach jeder Richtung; aber der Sinn ist doch wohl, daß die Hertlingsche Regierung eine Auflösung vermeiden möchte. Gerade eine derartig schwankende Haltung ist schwerlich geeignet, die Hoffnung auf das Herrenhaus als berechtigt erscheinen zu lassen. Die Linke und das Volk wird aus dieser Auslassung den Schluß ziehen müssen, daß sie auch weiterhin mit Versprechungen gefüttert werden sollen.

Oesterreich-Ungarn.

Es wird weiter gewurstelt! Der Geheime Rat, Minister a. D. Dr. Max Freiherr Hussarek von Heinlein wurde zum österreichischen Ministerpräsidenten ernannt.

Schweiz.

Die Genfer Polizei am Pranger. Im Oktober 1917 hatten die „Basler Nachr." einen Artikel des „Berl. Lokalanzeiger" abgedruckt, in dem die Genfer Polizei wegen ihrer Haltung in verschiedenen Spionagefällen scharf angegriffen wurde. Es wurde ihr vorgeworfen, sie sei unter dem Einfluß französischer Behörden, speziell des französischen Konsuls Pascal d'Aix Bestechungen zugänglich u. a. m. Die „Basler Nachrichten" knüpften an den Abdruck des Artikels die Forderung nach Klarstellung, worauf die Genfer Kantonsregierung eine Verleumdungsklage gegen das Blatt anstrengte, die jetzt in Basel verhandelt wurde. Der Redakteur Dr. Wasmer als Verteidiger der „Basler Nachrichten", betonte, daß die beklagte Partei die Genfer Polizei lediglich zu einer amtlichen Aeußerung auf die schweren Angriffe habe provozieren wollen. Persönliche Angriffe gegen die Kläger hätten ihr fern gelegen, wie aus der Einleitung zum Abdruck klar hervorgehe. Die „Basler Nachrichten" machten sich da zum Dolmetscher der öffentlichen Meinung. Dr. Wasmer zitierte eine Anzahl Stellen aus den Plaidoyers des Bundesanwalts Bäschlin bei den Bundesstrafgerichtsverhandlungen gegen Decassel, der als Abteilungschef der Genfer Kantonspolizei für **Frankreich Spionagedienste** leistete, und gegen Durlan, der als **Lockspitzel im Dienste der Genfer Polizei stand.** Bäschlin sprach sich scharf gegen das nicht einwandfreie Vorgehen der Genfer Polizei aus, die u. a. **die Flucht des Decassel ermöglichte, als dieser bereits der Spionage überwiesen** war. In ihrer mündlichen Vernehmung bekundeten der Bundesanwalt Bäschlin sowie Polizeiinspektor Müller und Polizeileutnant Bloch aus Basel, daß auffallenderweise **in mehreren Fällen, wenn es galt, einen Spion in Genf zu fassen, dieser verschwunden war, sobald man zugreifen wollte.** Das Gericht verurteilte die „Basler Nachrichten" zu 30 Franken Geldbuße. Der Klagevertreter hatte eine Strafe von 1000 Franken beantragt. Der moralisch unterlegene Teil war also die Genfer Polizei.



Zum Aufmarsch im Murman

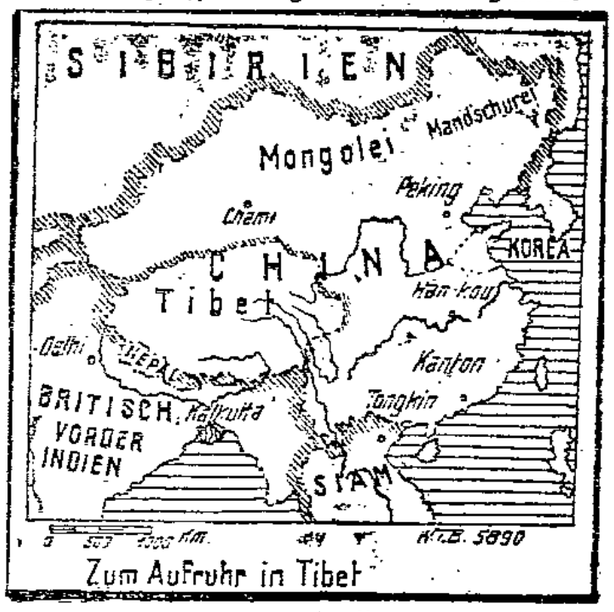
England.

Pazifistische Unterhauskandidaten in England. Nach einem Berner Telegramm der „Voss. Ztg." beschäftigt sich die Londoner „Morning Post" eingehend mit den von der englischen Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten für die nächsten Neuwahlen zum Unterhause, die, wie man allgemein annimmt, im Spätherbst stattfinden werden. Auf Grund von Angaben in den pazifistischen und sozialistischen Zeitschriften „Common Sense", „Labour Leader" und „Leeds Citizen" sind sämtliche bereits aufgestellten 20 Arbeiterkandidaten für Schottland radikalste Pazifisten, ebenso weiter 14 Arbeiterkandidaten für schottische Wahlbezirke, deren Aufstellung durch die Exekutive der Arbeiterpartei in nächster Zeit erfolgen dürfte. Des weiteren führt die „Morning Post" aus, daß auch die Unterhauskandidaten der Arbeiterpartei in den Industriestädten Leeds und Breadford und weiteren 20 bis 30 englischen Städten Pazifisten radikalster Färbung seien. Die Independent Labour Party, die Partei Philipp Snowdens und Ramsay Macdonalds, hat es auf sich genommen, 60 bis 80 pazifistische Kandidaten zu finanzieren.

Das ist für die englischen Kriegshetzer vom Schlage der Lloyd George und Konsorten keine angenehme Aussicht.

Aufruhr in Tibet.

Nach einer Times-Meldung aus Peking hat sich Tibet gegen die chinesische Oberlehnsherrschaft empört. **Da es der chinesischen Regierung aber an Geld mangelt, konnte sie bisher die nötige Truppenmacht zur Unterdrückung des Aufstandes nicht aufbringen. Das Reich der Mitte strebt schon seit Jahrhunderten danach, aus Tibet eine chinesische Provinz zu machen, doch ist es ihm bisher nicht recht gelungen. Das lag einmal an der eigenen Schwäche, dann an den Umfang des tibetanischen Landes, das etwa viermal so groß ist als das Deutsche Reich, und an dem Intrigenspiel Englands und Rußlands.**



Zum Aufruhr in Tibet

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftskongreß in Holland. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus dem Haag: Der am Sonnabend beendete Kongreß des niederländischen Gewerkschaftsverbandes erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß sowohl belgische wie auch deutsche Gewerkschafter der Einladung zum Kongreß gefolgt waren. Von deutscher Seite war erschienen das Vorstandsmitglied Sassenbach und von belgischer Seite der Sekretär des belgischen Arbeiterbundes, Merkens, und der Sekretär der belgischen Arbeiterpartei, Solau, sowie der Sekretär des Bundes der belgischen Arbeiter. Der deutsche Vertreter Sassenbach erinnerte an die Zeit, wo er noch mit den Arbeitern anderer Länder gemeinsam verhandeln konnte, und sprach die Hoffnung aus, daß diese Zeit bald wieder kommen werde, was die Versammlung mit Beifall aufnahm. Das niederländische sozialistische Blatt „Het Volk" erklärt den Vorgang für wichtig als Symbol der unausbleiblichen Wiederannäherung der gespaltenen Internationale, zumal früher einmal von belgischer Seite das Wort gefallen sei, daß man den deutschen Sozialisten, deren Hände mit belgischem Blut befleckt seien, die Hand nicht reichen dürfe.

Soziales.

Aerzte und Krankenkassen. Allem Anschein nach stehen für eine nahe Zukunft wieder heftige Kämpfe zwischen Aerzten und Krankenkassen bevor. Mit dem Ende des Jahres 1918 laufen etwa 75 Prozent aller in Deutschland zwischen Aerzten und Krankenkassen abgeschlossenen Verträge ab. Unter Berufungen auf die Teuerungsverhältnisse beabsichtigen die Aerzte nun, mit sehr erheblichen Mehrforderungen an die Krankenkassen heranzutreten. Auf der Generalversammlung des Ortskrankenkassenverbandes Sachsen-Anhalt, die am Sonntag und Montag in Quedlinburg stattfand, machte der Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, Lehmann-Dresden, nähere Mitteilungen über die Absichten der Aerzte, worüber bisher noch so gut wie nichts in die weitere Oeffentlichkeit gedrungen ist. Danach hat der Leipziger Aerzteverband in einer Geheimtagung Stellung genommen zu der Angelegenheit und seine Beschlüsse niedergelegt in einer Reihe von Leitsätzen, die in einem derart provozierenden Tone gehalten sind, daß der Schluß sich aufdränge, die Aerzte beabsichtigen, es unter allen Umständen zum Kampfe zu treiben in der Hoffnung, dabei besser als bei Verhandlungen ihre Rechnung zu finden. Eine derartige Ausnutzung der „Konjunktur" von einem Stande, wie es der Aerztestand ist, sei geradezu unerhört. Die Forderungen der Aerzte bewegen sich im Durchschnitt auf 50 Prozent Zuschlag zu den gegenwärtig geltenden Gebührensätzen, sowohl der Einzelleistungen, als auch der Pauschalgebühren. In einzelnen Fällen gehen die Forderungen auf 100 Prozent Zuschlag heraus. Dabei könne von einer wirtschaftlichen Notlage der Aerzte nicht die Rede sein. Ganz abgesehen davon, daß es sogenannte „Kassenlöwen" gebe, die innerhalb eines Jahres 20 000, 30 000, ja 60 000 Mark aus ihrer Praxis herausholen, belaufe sich der Durchschnitt des jährlichen Einkommens der Aerzte allein aus der Kassenpraxis auf 7000 bis 8000 Mark. Bei dem gegenwärtigen Aerztemangel seien die Aerzte derart beschäftigt, daß sie wohl ausnahmslos sehr erhebliche Einkommen auch aus ihrer Privatpraxis, als Lazarettärzte, und aus sonstigen Quellen erzielten. Niemand denke daran, einen so unentbehrlichen und geistig hochstehenden Berufsstand Nahrungssorgen auszusetzen und was aus der herrschenden Teuerung an berechtigten Forderungen abgeleitet werden könne, werde durchaus Entgegenkommen bei den Krankenkassen finden, aber was jetzt gefordert werde, sei ungerechtfertigt und geradezu unerhört. Einem von dem Leipziger Aerzteverband herausgegebenen Mustervertrag, der fast nur Rechte der Aerzte und Pflichten der Krankenkassen vorsehe, will der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen demnächst seinerseits einen Mustervertrag entgegensetzen, der die berechtigten Forderungen der Aerzte berücksichtige und dessen Annahme durchzusetzen versucht werden müsse. Da auf irgendwelches Entgegenkommen der Aerzte aber einstweilen noch keinerlei Aussicht vorhanden ist, so wird wahrscheinlich ein Kampf entbrennen, der an Heftigkeit den seinerzeitigen leidenschaftlichen Kämpfen zwischen Aerzten und Ortskrankenkassen weit hinter sich lassen wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Unberechtigter Brotbezug. Der Gutsbesitzer Dückenberg auf Schloß Hülchrath war vom Schöffengericht München-Gladbach zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil für ihn, seine Familie und seine Bediensteten für 34 Personen Brot bezogen wurde, obgleich nur die Hälfte anwesend war. Die Berufungskammer ermäßigte die Strafe auf 3000 Mark. Warum?

Lebensmitteldiebstähle beim Minister. Anfang März dieses Jahres wurde zweimal im Keller des Wiener Reichsfinanzministeriums eingebrochen. Es wurden zwanzig Kilogramm Schweinefett, eine größere Anzahl von Dosen mit Milchkonserven und hundertfünfzig Eier entwendet. Die Lebensmittel waren Eigentum des damaligen Finanzministers und gegenwärtigen Ministers des Aeußern, Grafen Burian. Als Täter wurden die Zivilisten Joseph Day und Heinrich Novak sowie der Infanterist Franz Hodja entdeckt. Der letztere war jetzt in der Verhandlung geständig, die Lebensmittel gemeinsam mit den beiden Zivilisten aus dem offenen Keller des Ministeriums genommen und einen Teil davon nach Hause getragen zu haben. Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Freisprechung des Professors Henkel. Im Disziplinarprozeß gegen Prof. Dr. Max Henkel, Leiter der Universitätsfrauenklinik Jena, wurde das Urteil verkündet. Es lautet auf Aufhebung des Urteils der ersten Instanz. Der Beschuldigte wurde freigesprochen; die baren Auslagen des Verfahrens fallen der großherzoglichen Staatskasse zur Last.

Gegen Henkel war bekanntlich der Vorwurf erhoben worden, daß er, um der Schaulust eines Prinzen Rechnung zu tragen, zu ungelegener Zeit an einer Frau eine Operation vornehmen ließ, der sie später erlag. In erster Instanz war Henkel zur Strafversetzung verurteilt worden.

Wasser statt Rüböleersatz. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte den Kaufmann Bäggler aus Waldorf, der gefärbtes Wasser als Rüböleersatz verkauft und von dem Gemisch für 300 000 Mark verkauft hatte, zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Stadtverordneten in Witten bewilligten 500 000 Mark zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Auf einem Stadtgrundstück sollen Häuser mit Stallungen und Gartenland für kinderreiche Familien errichtet werden.

Ein Topf mit Fett. Die Direktion eines Sanatoriums in der Umgebung Wiens kaufte von dem 18jährigen Oswald Appelt einen großen Topf, der Fett enthalten sollte, und zahlte ihm 3350 Kronen dafür am 17. d. M. bar auf die Hand. Sie stellte später fest, daß der Topf nur eine dünne Fettschicht auf Pergamentpapier und darunter einen Polster, ein Bügeleisen, Gewichte und Steine enthielt. Appelt, der flüchtig ist, wird verfolgt.

Hundert Tonnen Butter gestohlen. Durch einen ungetreuen Kutscher sind in Berlin 100 Tonnen Butter verschoben worden. Zwar gelang es schon nach wenigen Stunden, den Dieb und einen Helfer festzunehmen; die wertvolle Ware jedoch konnte noch nicht herbeigeschafft werden. Die Einzelheiten dieses Diebstahls sind nicht uninteressant. Vor etwa acht Tagen meldete sich bei dem Fuhrunternehmer Schwinski, Holzmarktstraße 37, ein 33jähriger, angeblicher Kutscher Kallenbach, der auf Grund guter Zeugnisse auch eingestellt wurde. Um aber ganz sicher zu gehen, erkundigte sich der Arbeitgeber in der Schlesischen Straße 37, woselbst K. wohnte, nach dessen Verhältnissen. Vorgestern nun erhielt der Kutscher den Auftrag, hundert Tonnen Butter von der Fettstelle in der Hasenheide zu einer Firma nach der Fischerstraße zu fahren. Als der Kutscher nicht wiederkam, eilte der Fuhrherr mit einem Kriminalbeamten nach der Wohnung des K. Dort ergab sich zur Ueberraschung, daß Kallenbach eine andere Arbeitsstelle hatte und vor kurzem die Wohnung verlassen habe. Später gelang es, in einer Wirtschaft in der Wrangelstraße den angeblichen und den wirklichen Kallenbach festzunehmen. Der Kutscher, ein fahnenflüchtiger Soldat, hatte sich die Papiere des wirklichen Kallenbach geliehen, um bei passender Gelegenheit einen Diebstahl auszuführen. Beide verweigerten bisher jede Angabe über den Verbleib der Butter. Das Fuhrwerk, das abends führerlos in der Grätzstraße aufgefunden wurde, ist zuletzt an der Köpenicker Brücke gesehen worden. Auf die Herbeischaffung der Butter sind 500 Mk Belohnung ausgesetzt.

Fahrgeldhinterziehungen auf der Straßenbahn. Nach einer Meldung der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat infolge der Ueberfüllung der Wagen die Fahrgeldhinterziehung derart zugenommen, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Infolgedessen wird mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 1. August ab von solchen zahlungspflichtigen Fahrgästen, die sich auf die Frage des Schaffners nicht melden, unbeschadet der Strafverfolgung sofort eine Geldstrafe von 1 Mk. gegen Quittung zu entrichten sein. — Wir halten eine solche Verordnung für ungesetzlich, da Strafen nur von Behörden, niemals von Privaten, verhängt werden können.

Geräucherte „Spielwaren". In der sächsischen Spielwarenstadt Olbernhau kam dieser Tage eine Kiste an, die der Deklaration nach Spielwaren enthalten sollte, die aber durch ihr bedeutendes Gewicht auffiel. Man schöpfte Verdacht und öffnete die Kiste. Es war seltsames Spielzeug darin; Schinken, Wurst, Butter usw. Der Olbernhauer Einwohner, an den das Gut gerichtet war, erhielt die Mitteilung, daß man seine Spielwaren beschlagnahmt habe.

Gefälschte Tausendmarkscheine. In Duisburg wurde der Spediteurgehilfe Ernst Becher aus Düsseldorf, der falsche Tausendmarkscheine zu verausgaben suchte, verhaftet.

Heiteres.

Besuch im Lazarett. Eine sehr elegante junge Dame betritt ein Lazarett und wendet sich an die Oberin mit folgenden Worten: „Ich möchte gern den vor einigen Tagen hier verwundet eingelieferten Leutnant X. sprechen." — „Sind Sie eine Verwandte von ihm?" — „Ja, gnädige Frau, seine Schwester." — „Ach!" sagte die Oberin und schüttelte der Besucherin die Hand. „Ich freue mich, Ihre Bekanntschaft zu machen. Ich bin nämlich seine Mutter . . ."

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,
sie wird von außen nicht erstrebt,
wenn nicht zuerst sie selbst tief innen
im eigenen Busen dicht belebt.
Willst du den Kampf, den großen, wagen,
so setz' zuerst dich selber ein!
Wer fremde Fesseln will zerschlagen,
darf nicht sein eigener Sklave sein.

Ha, wo die Wellen tosend schlagen
hoch über dem empörten Grund,
da fühlt in göttergleichem Wagen
ein männlich Herz sich erst gesund.
Drum fröhlich in den Kampf hinein!
Wer siegen will, muß sterben können;
ja, soll das Leben recht gedeihn,
muß man dem Tode auch was gönnen.

Robert Prutz.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co., Stettin u. Lübeck.